Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. **Bezugspreis** frei Haus monatlich 30,— Mk. Durch die Post monatl. 30,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. **Verlag:** Leuchenfelbstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. **Schriftleitung:** Fernruf 1043. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 300 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 2 Mark | **Mittwoch, den 19. Juli 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 166**

Das Gesetz für Monarchistenschutz und Arbeiterhatz!

Angenommen!

Das Gesetz „zum Schutz der Republik" ist mit 303 gegen 102 Stimmen, also mit genau Dreiviertelsmehrheit der abgegebenen Stimmen im Reichstag angenommen. Die politische Krise hat damit für den Augenblick ihr **parlamentarisches** Ende gefunden. Der Block der Koalitionsparteien, um die Unabhängigen links, um die Volkspartei rechts erweitert, weist die in mächtigen Massenaktionen gegen die reaktionäre Gefahr aufgestandenen Arbeitermassen in die Schranken zurück. Das Parlament erklärt, daß es selbst, die Vertretung des „ganzen Volkes", und nicht die Arbeiterschaft für den Schutz der Republik zu sorgen haben. Wie es für ihn sorgt, das erhellt daraus, daß die monarchistische Volkspartei dem Gesetz ihre Zustimmung gibt, und das selbst die Deutschnationalen ihm nicht prinzipiell ablehnend gegenüberstehen. Aus dem Schutz der Republik ist der Schutz der Verfassung und praktisch der Schutz des bürgerlichen, durch und durch monarchistisch versuchten, Klassenstaates gegen die revolutionäre Arbeiterschaft geworden.

Die USPD. hat der Bourgeoisie den unschätzbaren Dienst erwiesen, einen parlamentarischen Abschluß der Krise zu ermöglichen, die außerparlamentarisch in ihrer ganzen Tiefe aufgerollt war. Aber dieser Dienst **wird der letzte sein**, den sie ihr als Partei erweist. Sie ist „in den Riß der Zeit gesprungen", aber dieser Riß wird sich nicht schließen, und dieser Sprung wird ihr **Todessprung** sein. Der Riß, den sie zu überbrücken trachtet, klafft am stärksten in ihren eigenen Reihen. Die USPD. geht zugrunde an dem Widerspruch zwischen ihrer Vergangenheit und ihrer Gegenwart, zwischen den Burgfriedenssehnsucht ihrer Führer und dem revolutionären Willen ihrer Arbeiter.

Ist damit **die Politik der proletarischen Einheitsfront**, die Politik des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterschaft gegen die Reaktion und ihre Platzhalter **gescheitert?** Mit nichten. **Sie hat ihre Feuerprobe bestanden.** Sie ist den Arbeitermassen im Fleisch und Blut übergegangen, sie hat so greifbare Gestalt angenommen, daß es künftig unmöglich sein wird, der Arbeiterschaft über ihr Wesen Sand in die Augen zu streuen. Der Versuch der sozialdemokratischen Führer, ihre Einigung auf dem Boden des Burgfriedens für die Einigung des Proletariats zum Klassenkampfe auszugeben, findet schon heute bei den Arbeitern keinen Glauben mehr. Sonst hätten sich die unabhängigen Arbeiter der Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen nicht widersetzt. Sonst wäre der Widerstand gegen die Vereinigung der beiden Parteien nicht so stark, daß er die USP.-Führer zwingt, bis zum Herbst zu warten, obgleich sie den Auflösungsprozeß der Partei nur durch das sofortige Aufgehen in der Sozialdemokratie verbergen könnten.

Nicht nur die unabhängigen Arbeiter, auch ein großer Teil der rechtssozialistischen Arbeiter hat im Laufe des Kampfes der letzten Wochen die Verderblichkeit der Koalitionspolitik für das Proletariat erkannt. Damit ist nur noch ein Schritt bis zu der Erkenntnis, daß die **Kommunistische Partei** die einzige war, die der Arbeiterschaft in dieser Krise den richtigen Weg gewiesen hat. Tausende und Abertausende von sozialdemokratischen Arbeitern werden jetzt die Schranken, die ihre Führer künstlich zwischen ihnen und den Kommunisten aufgerichtet haben, niederreißen. Sie werden einsehen, daß die Kommunistische Partei ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft getan hat, indem sie den Illusionen der Massen nicht nachgab und dennoch sich von ihrem praktischen Kampfe keinen Augenblick trennte. Sie werden einsehen, **daß eine starke Kommunistische Partei, die entscheidend in die politischen Krisen eingreifen kann, der Ausdruck und die Gewähr dafür ist, daß sich der 4. August in Deutschland nicht wiederholt.**

Die Arbeiter gehen aus dieser Krise nicht als Besiegte, sondern gestählt für die kommenden großen Kämpfe hervor.

*

Weg mit dem Sozialistengesetz!

Die Erklärung der Kommunisten

Im Auftrage der Fraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands gab Genosse Stoecker vor der Endabstimmung über das Gesetz zum Schutze der Republik folgende Erklärung ab:

„Im Auftrage der kommunistischen Fraktion habe ich zu diesem Gesetz folgende Erklärung abzugeben:

Unmittelbar nach der Ermordung Rathenaus ließ die Regierung durch den Reichskanzler Dr. Wirth und den Reichsjustizminister Dr. Radbruch erklären: der Feind steht rechts! und die Schutzmaßnahmen der Regierung würden nur gegen rechts Anwendung finden.

Die Kommunistische Partei Deutschlands war bereit und willens, entsprechend dem Berliner Abkommen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und der drei Arbeiterparteien den rücksichtslosesten Kampf gegen die monarchistische Reaktion und deren Mörderorganisationen Seite an Seite mit den Gewerkschaften und den beiden sozialdemokratischen Parteien aufzunehmen und demgemäß auch die Maßnahmen der Regierung, die diesen Zielen dienen, wirksam zu unterstützen.

Die als „Schutzgesetze der Republik" vorgelegten Regierungsvorlagen ließen indessen in ihrer gewollten Zweideutigkeit erkennen, daß die Regierung nicht den ernsten Willen hatte, die Reaktion ernstlich und nachdrücklich zu bekämpfen. Unter dem Einfluß der Koalitionsparteien sind aus den Gesetzen zum Schutze der Republik Gesetze zum Schutze der Monarchisten, Gesetze zur Verfolgung der Arbeiterklasse geworden. Und der Reichsjustizminister scheute sich nicht, offen zu erklären: die Gesetze sind auch gegen links anzuwenden.

Nicht eine einzige der Forderungen, die die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien im Berliner Abkommen als unbedingt durchzusetzende Mindestforderungen aufgestellt haben, ist in den genannten Gesetzen verwirklicht worden.

Nicht verboten ist die monarchistische und antirepublikanische Agitation in Wort, Bild und Schrift.

Nicht verboten und nicht aufgelöst werden durch diese Gesetze alle monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen.

Nicht verboten sind die monarchistischen Fahnen und Farben.

Die Gesetze enthalten keine Vorschriften zur wirksamen Säuberung der Regierungsstellen und Behörden, einschließlich der Gerichte und der Reichswehr von allen monarchistischen und antirepublikanischen Elementen.

Nicht aufgehoben sind die Beamtenrechte, die dieser Säuberung entgegenstehen.

Nicht verboten ist das Waffentragen außerhalb des Dienstes.

Nicht verboten ist das Uniformtragen ehemaliger Offiziere.

Nicht untersagt ist die weitere Ernennung von Reserveoffizieren.

Nicht erfüllt ist die Forderung, daß der Staatsgerichtshof im Berlin seinen Sitz hat und seine Kammern aus je einem Berufs- und sechs Laienrichtern bestehen.

Nicht erfüllt ist die Forderung der Uebertragung der Anklageerhebung an einen republikanischen Reichskommissar.

Nicht erfüllt ist die Forderung der Schaffung einer durchgreifenden Reichsexekutive.

Der Herd der monarchistischen Reaktion, Orgesch-Bayern, bleibt völlig unangetastet und wird weiter die nationalistischen Mörder schützen. Der Reichstag und die Regierung wagen es nicht, den notwendigen Kampf gegen die Monarchisten, die sich des bayrischen Staates bemächtigt haben, aufzunehmen.

Nicht erfüllt ist die Forderung der Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens der verurteilten Monarchisten, nicht erfüllt die Entziehung ihrer Pensionen und Bezüge.

Nicht erfüllt ist auch die Forderung der Amnestie im Reiche und in den Ländern für alle wegen politischer Vergehen verurteilten Arbeiter.

Nicht erfüllt ist die Forderung der Amnestie für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung Gezogenen und der Einstellung aller aus demselben Anlaß eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Obwohl der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich im Berliner Abkommen feierlich verpflichteten, die vorstehenden Mindestforderungen gemeinsam durchzusetzen und zu deren Durchsetzung die Anwendung aller Machtmittel der Arbeiterklasse in Aussicht stellten, sind diese Körperschaften unter dem Druck der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten den sich entwickelnden Klassenkämpfen ausgewichen, haben die organisierte Macht der Arbeiterklasse nicht in die Wagschale geworfen und haben ihre eigenen Mindestforderungen preisgegeben.

In demselben Augenblick, wo das gesamte deutsche Proletariat bereit war, den Kampf gegen die Reaktion entschlossen durchzuführen, erklärte sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands zum Eintritt in die bürgerliche Koalitionsregierung bereit und beseitigte damit selbst die Grundlage ihres Daseins. Die sozialdemokratischen Parteien haben die gemeinsame Kampffront des Proletariats verlassen und zerrissen und sind jetzt bereit, für Gesetze zu stimmen, die sie selbst als arbeiterfeindlich erklären mußten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist nach wie vor zum schärfsten und rücksichtslosesten Kampfe gegen alle monarchistischen und antirepublikanischen Bestrebungen bereit und entschlossen. Sie ist aber ebenso bereit und entschlossen zum rücksichtslosesten Kampf gegen die Vergewaltigung der Arbeiterklasse mittels dieser Gesetze, die angeblich dem Schutz der Republik dienen sollen.

Die Kommunistische Partei lehnt daher aus allen diesen Gründen das Gesetz zum Schutze der Republik und auch die Mittel zu seiner Ausführung ab, weil sie bereits heute die Gewißheit erlangt hat, daß dieses Gesetz und diese Mittel nicht gegen die Monarchisten, sondern gegen die kämpfende Arbeiterschaft angewendet werden.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft deshalb die Arbeiterschaft auf, in der geschlossenen Einheitsfront zu verharren, sie auszubauen und zu verstärken und dadurch die Anwendung dieser Gesetze gegen die Arbeiterklasse zuschanden zu machen.

Berlin, den 18. Juli 1922.

Die Reichstagsfraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands.

*

Die Reichstagsverhandlung

Reichstagssitzung vom 18. Juli 1922

Ein Antrag der Koalitionsparteien betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der gegen die Reichswehr erhobenen Vorwürfe wird angenommen. Ebenso ein Antrag der Parteien auf Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilmachungsverordnungen bis spätestens einen Monat nach Wiederzusammentritt des Reichstages. Die Gesetzentwürfe über Gebührenfreiheit bei Ueberführung von Kriegerleichen, über Aenderungen der Seeunfallversicherung und über den Luftverkehr werden in allen drei Lesungen angenommen. Desgleichen in dritter Lesung das Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Hierauf folgt die dritte Beratung des

Gesetzes zum Schutze der Republik.

Der Deutschnationale Bazille hält eine stundenlange Hetzrede gegen die Republik, die Regierung und die Parteien der Koalition und der Linken.

Abg. Keil (Soz.): Bazille ist der letzte, der von Ordnung, Sitte und Moral reden darf.

Abg. Fehrenbach protestiert gegen die Hetzrede Bazilles und mahnt zur Wahrung der Würde des Hauses in der ernsten politischen Situation.

Staatsanwalt Emminger (B. Vp.): Meine Partei lehnt das Amnestiegesetz ab. Auch dem Gesetz über die Pflichten der Beamten können wir nicht zustimmen. Ebenso müssen wir dem Gesetz zum Schutze der Republik unsere Zustimmung versagen. Endlich kann auch das Reichspolizeiamtgesetz unsere Zustimmung nicht finden.

Dr. Stresemann (Dt. Vp.) stellt die „ruhige" Rede Emmingers im Vergleich zu der Hetzrede Bazilles, die unerhört gewesen sei, **wettert gegen das Verbot der Magdeburgischen Hetzpresse durch Hörsing** (Das Verbot ist bereits wieder zurückgenommen) und spricht die **Zustimung der Volkspartei zum Gesetz zum Schutz der Republik aus.**

Abg. Eisenberger (BBB.) lehnt unter dem Druck der bayrischen Weißgardisten das Gesetz ab, nachdem er dessen Notwendigkeit zuvor betont hatte. — Hierauf kam zum Wort

Genosse Koenen

Die Situation ist nach wie vor kritisch. Der Urleutone Bazille entschuldigte die Mörderjünglinge mit einer Vision, die sie angeblich haben sollen. Woher kommen diese Visionen? **Seine Hetzrede gegen den Reichskanzler war der Boden dafür.** Die deutschnationale Provinzpresse stellt dem Reichspräsidenten Ebert bereits das Horoskop, **daß er noch in diesem Jahre sterben werde.** Diese Zeichendeuterei beweist, daß der nationalistische Mord weitergehen wird. Auf den Selbstmord der Mörder Rathenaus in der Burg Saaleck wird Bazille neue Visionen aufbauen. **Der Inhaber der Wohnung in der Burgruine ist ein deutschnationaler Schriftsteller.** Ein erneuter Beweis, daß

die Deutschnationalen die Anstifter und Begünstiger der Mordbanden

sind. Bezeichnend ist, daß die Mörder Deutsch-Kappstadt — dem Sitz des Naumburger Oberlandesgerichts — zum Aufenthalt gewählt haben. **Dort wurden von jeher Mordpläne gegen das mitteldeutsche Proletariat geschmiedet.** Von dort werden auch neue Mordvisionen ausgehen. Angesichts des Reichstagsschlusses mache ich darauf aufmerksam:

die Hetzrede Bazilles wird zu einer wucherischen Entfaltung des Mordbazillus im Lande führen.

Das Gesetz ist in allen seinen Teilen unzulänglich und zweideutig. Es wendet sich nicht eindeutig gegen die Mordorganisationen, sondern wird zu einem Mittel werden, jede Kampfestregung der Arbeiter niederzuknütteln. Das Proletariat fordert aber ein eindeutiges Ausnahmegesetz gegen die monarchistischen Mordbanden.

Die Mordbanden sind keine Neuerscheinungen in der Deutschen Republik; seit 1919 wird unausgesetzt in Deutschland gemordet.

Erst der Rathenaumord brachte die Sozialdemokratie zu einer ersten wirklichen Kraftanstrengung, die jedoch jetzt schon wieder verpufft ist. **Die Stinnes und Stresemann sind keinen Deut besser als Helfferich und Westarp.** Wenn ihre Stunde kommt, **werden sie dieses Gesetz rücksichtslos auch gegen die Sozialdemokratie anwenden.** Der bisherige Kampf gegen die Reaktion hat deren Position nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gewaltig gestärkt. (Händeklatschen auf der Tribüne.) **Nach dem Kapp-Putsch wurde die Orgesch geboren, nach dem Erzberger-Mord die Organisation C, nach dem Rathenaumord und der Hetzrede des Mordbazillus werden noch grausigere Mordtaten über das deutsche Land hinweggehen.** Die Massenbewegung ist abgewürgt worden. Die zweite Dienstagdemonstration war nicht ihr Auftakt, sondern ihr Ausklang. Seitdem hat die Reaktion wieder Oberwasser. Sie wird in kurzer Zeit noch gerüsteter sein als je bisher.

Die USPD. war bereit, in die Regierung einzutreten, angeblich um die Durchführung des Gesetzes zu sichern. **Die USPD. zieht daraus aber nicht den Schluß einer Kampfansage, sondern beschließt eine Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemo-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220719-12/fragment/page=0001

traten, der Noske-Partei. Die Voraussagen auf dem Parteitag in Halle haben sich erfüllt.

Die USPD. ist eine reine Reformpartei geworden.

Der Beschluß der USPD., Koalitionspolitik zu machen, bedeutet das Verlassen des Klassenkampfbodens. **Damit begann das Hinausmanövrieren der KPD. aus den gemeinsamen Verhandlungen.** Wir waren und sind auch jetzt für eine großzügige Massenbewegung. Der Gewerkschaftskongreß in Leipzig forderte das einmütige Zusammengehen aller drei Parteien, um die Forderungen des ADGB. mit allen Mitteln durchzusetzen. Nichts von alledem geschieht.

Das Abschwenken der Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer in das Koalitionslager ist eine schwere Schädigung der Arbeiterfache.

Dagegen müssen sich die Arbeiter mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Generalstreik und Reichstagsauflösung waren geeignete und erfolgverheißende Kampfesmittel. Davor ist man zurückgescheut.

Wir-Kommunisten rufen den Arbeitern zu: Bleibt einig draußen im Lande gegen die blutige Monarchistenhetze, die uns und Euch alle droht. Die Gefahr ist riesengroß. Die Mordorganisationen sind jetzt gefügt, finanzkräftig und stark bewaffnet. Neue Mord- und Gewalttaten werden kommen. Darum darf die Gegenbewegung des Proletariats um keinen Preis abebben und versanden. Sie muß aufrechterhalten werden und lebendig bleiben. Der Kampf gegen die blutige Reaktion ist lang und schwer. Er ist noch nicht zu Ende mit dem erbärmlichen Republikschutzgesetz, er wird vielmehr erst beginnen und mit größter Heftigkeit entbrennen.

Henke (USPD.) mach: in unglaublicher Kommunistenhatz. Er redete von Moskowitertum, von den Verbrechen der Kommunisten und dergleichen. Eine solche verantwortungslose Politik werde die USPD. niemals machen. Die USPD. war sogar bereit, zum Schutz der Republik in die Regierung einzutreten. Dennoch bleibe sie eine revolutionäre Partei und werde den Klassenkampf weiterführen.

Nun begann

die Schlußabstimmung.

Die auf Grund des Kuhhandels der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit dem Bürgertum vereinbarten Abänderungsanträge, darunter auch die Streichung des Antrags der Sonderbestrafung von Versammlungsprengungen wurden angenommen, soweit es sich um eine Verbesserung des Gesetzes handelte, stimmten die Kommunisten dafür, sonst stimmten sie dagegen. Die Schlußabstimmung war eine namentliche. Von 409 abgegebenen Stimmen lauteten

303 auf Ja, 102 auf Nein

und 4 Stimmenenthaltungen. Die Kommunisten stimmten gegen das Gesetz. **Die USPD stimmte geschlossen dafür.** Es folgte die Abstimmung über die

politische Amnestie

Die Vorlage wurde nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit einem Zusatz der Koalitionsparteien angenommen, wonach bei einer Ausnahme von der Amnestie der Ausschuß sich für die Gewährung von Straffreiheit aussprechen kann, wenn die Strafat aus politischen Gründen begangen wurde. In solchem Falle kann der Reichspräsident anhängige Sachen niederschlagen. Die Kommunisten stimmten mit für das Gesetz. Dagegen stimmten Volksparteiler und Deutschnationale, sowie die Bayrische Volkspartei.

Hieran schloß sich die **dritte Lesung des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik.** Der Gesetzentwurf wurde mit unwesentlichen Abänderungen in namentlicher Abstimmung mit 278 gegen 137 Stimmen angenommen. Die Kommunisten stimmten mit für dieses Gesetz, ohne ihre Stimme wäre es abgelehnt worden.

Die Abstimmung über das **Gesetz zur Errichtung eines Reichspolizeiamts** und von Landestriminalpolizeibehörden wurde nach einigen unwesentlichen Erklärungen gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen angenommen. Mit derselben Mehrheit fand Annahme die Kreditforderung der Regierung von 75 Millionen Mark, für die Zwecke des „Schutzes" der Republik. Hierzu gab Genosse Stoecker im Namen der Kommunistischen Fraktion eine Erklärung ab.

Nunmehr schlug Präsident Löbe vor, einen Antrag der Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Bayrischen Volkspartei sogleich zur Beratung zu stellen, der

einen neuen Paragraph in das Strafgesetzbuch

einfügen will. Danach soll mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe bis zu einer Million Mark erkannt werden kann, bestraft werden, wer nicht verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt.

Genosse Koenen erhebt dagegen geschäftsordnungsmäßig Widerspruch. **Hierauf unterbricht Löbe die Sitzung** und beraumt eine neue an, für die er den vorstehenden Antrag auf die Tagesordnung setzt. Genosse Koenen widerspricht erneut der sofortigen Beratung. Der Antrag muß von 15 Mitgliedern unterstützt werden. Bei der Stellung der Unterstützungsfrage erheben sich zögernd eine Anzahl Unabhängige, wodurch die Unterstützung ausreicht. Der Antrag kann somit nicht behandelt werden. **Hierauf wurde die Sitzung erneut unterbrochen.** Zwischen den Koalitionsbrüdern spielen sich heftige Tumultszenen ab. Der lange Müller bekam von seinen Koalitionsgenossen allerlei Liebenswürdigkeiten an den Kopf geworfen. Schließlich beruhigte man sich und begann das Mogeln. Die Auguren einigten sich dahin, daß unter abermaliger Vertagung und Neuanberaumung einer Sitzung den Kommunisten die Möglichkeit des Einsprachs genommen werden soll. **Die tapfere USPD. zog ihr revolutionäres Banner des Klassenkampfes ein.** Als erneut die Unterstützungsfrage gestellt wurde,

blieben die Unabhängigen ostentativ außerhalb des Sitzungssaales.

Für die Unterstützung erhoben sich nur die Kommunisten.

Nach Eintritt in die Beratung des Antrages ergriff

Genosse Koenen

das Wort, um den Antrag zu bekämpfen. Die Reaktion liefert im richtigen Augenblick den Beweis, daß das Republik-Schutzgesetz sich gegen die Arbeiter richtet. Das beweist die heutige

erfolgte Beschlagnahme der Unabhängigen Bremer „Arbeiterzeitung"

(Bravo! rechts). Die Rechte schreit Bravo, und sie hat ein Recht dazu. Das Verbot erfolgte auf Grund der Ebert-Verordnung, weil das USPD.-Organ einen Bericht über die Bürgerschaftsverhandlungen, über die Sabotage des Bremer Senats an der Ebertverordnung veröffentlicht hat. Der Bericht war wahrheitsgetreu und konnte daher auf Grund der Reichsverfassung nicht beschlagnahmt werden. **Daß die Reaktion es dennoch tut, beweist, wie das Gesetz in Zukunft angewendet werden wird.** In dem vorliegenden Gesetzesantrag feiert der Bürgerblock seinen ersten Erfolg. Er präsentiert sein erstes Gesetz, er reicht seine Rechnung ein für die Fabrikation des Republikschutzgesetzes mit den Sozialdemokraten beider Richtungen.

Das Gesetz ist vollkommen überflüssig.

Arbeiter, die Monarchistenversammlungen sprengten, wurden bisher schon immer schwer bestraft. Die Justiz fand tausend Mittel, um die Arbeiter ins Gefängnis zu bringen. Deshalb bedeutet die Einbringung des Antrages nur die öffentliche Dokumentierung eines offenen Triumphes der Bourgeoisie über die Sozialdemokratie

Herr Paul Levi mußte den Streich gegen seine Partei zugeben. Er entschuldigte ihn jedoch, indem er erklärte, daß das Republik-Schutzgesetz jahrelange Kämpfe zu einer wirksamen Durchführung erfordern werde. Nachdem der bremische Gesandte Dr. Nebelau den Bremer Senat gegen die Angriffe Levis verteidigte, Genosse Koenen die Spiegelfechtereien Paul Levis wirkungsvoll zurückgewiesen und der USPD.-Mann Henke das Verbrecherische des Zeitungsverbots im einzelnen dargelegt hatte, tat eine Reichstagsmehrheit, zu denen auch eine Anzahl Stinnesmänner gehörten, der Koalitionsfreiheit USPD. den Gefallen, auch ihren Antrag dem Rechtsausschuß zu überweisen. Dort und im Plenum wird man den Knebelungsantrag gegen die Arbeiter annehmen, Paul Levis morsche Rettungsplanke jedoch mit rauher Hand zertrümmern.

In allen drei Lesungen wurde hierauf erledigt: ein **Initiativgesetzentwurf, der die Entschädigung der Reichstagsabgeordneten** auf monatlich 10 000 Mk. bemißt. Nach Erledigung einer Anzahl von Petitionen erhebt sich Herr von Strezemann und stattet dem Präsidenten des Hauses seinen Dank für die geschickte und objektive Leitung der Reichstagsverhandlungen in diesen stürmischen Tagen ab. Präsident Loebe dankt dem Hause für diese Anerkennung und erhält die Ermächtigung, den Reichstag je nach der innen- und außenpolitischen Lage, spätestens aber am 17. Oktober, einzuberufen. Schluß der Sitzung 1/8 Uhr.

*

Die Komödie der Schutzgesetzgebung

Nur die Kommunisten stimmen gegen die Verschandelung

In der Reichstagssitzung vom 17. Juli stand die Beratung des **Gesetzes über die Errichtung eines Reichspolizeiamtes und von Landeskriminalbehörden** auf der Tagesordnung. Nach dem **Stinnesmann Kardorff** und dem **bayerischen Gesandten Preger** sprach zunächst der Vertreter des Zentrums.

Der Zentrumsmann Bell erklärt die Bedenken Bayerns gegen das Gesetz für nicht berechtigt.

Der Dt. Volksparteiler Kardorff erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage und fordert Rücksichtnahme auf Bayern.

Der Orgesch-Demokrat Koch klagte über die Verstöße gegen die Einigungsidee in der heutigen Debatte.

Der Reichsminister Dr. Köster verteidigt seine Vorlage, die früher von Müller-Meiningen bereits gefordert worden sei und in Frankreich und der Schweiz längst bestehe.

Der Unabhängige Geck erklärte, Bismarck habe sich beim Sozialistengesetz auch nicht um die Hoheit der Länder gekümmert. Das vorliegende Gesetz sei notwendig, weil Bayern die Mordbanden schütze.

Hierauf kam zum Wort

Genosse Koenen:

Drei Wochen nach dem Rathenaumord erklärt hier ein Redner nach dem anderen, daß dieses Gesetz mit diesem Mord nichts zu tun habe. Das ist kennzeichnend für die Situation. Ebenso kennzeichnend ist, daß Helfferich, einer der Gönner der Mordbanden, bereits wieder ruhig im Reichstag sprechen kann. (Zuruf Helfferichs: Das ist eine Unverschämtheit. Koenen: Eine Unverschämtheit ist, daß Sie hier zu sprechen wagen.) Das Gesetz mußte kommen, um den Mordbanden ihr unterirdisches Treiben unmöglich zu machen. Zur Erreichung dieses Zweckes haben wir folgenden Antrag eingebracht:

Abänderungs-Anträge

zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichspolizeiamts und von Landeskriminalpolizeibehörden.

Der Reichstag wolle beschließen:

Den § 1 wie folgt zu fassen:

„Zur Ueberwachung der gegen die republikanische Staatsform gerichteten **monarchistisch-militärischen Bestrebungen** und zur Verhütung und Verfolgung von im Zusammenhange mit solchen Bestrebungen stehenden Straftaten im ganzen Reichsgebiet wird ein **Reichspolizeiamt** eingerichtet.

Das Reichspolizeiamt hat seinen Sitz in Berlin und wird dem Reichsminister des Innern unterstellt. Mit der Leitung des Reichspolizeiamtes wird ein Kommissar beauftragt, der nach **Vorschlägen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund** vom Reichspräsidenten ernannt wird. Die Dienstanweisungen für das Reichspolizeiamt erläßt der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit einem Ausschuß des Reichstags.

Im Reichspolizeiamt dürfen nur Personen von **zuverlässiger republikanischer Gesinnung** beschäftigt werden. Personen, die sich nach dem 9. November 1918 an monarchistisch-militaristischen Bestrebungen beteiligt haben oder der Begünstigung solcher Bestrebungen verdächtig sind, sind von der Beschäftigung im Reichspolizeiamt ausgeschlossen."

Zum § 2 einen dritten Absatz mit folgender Fassung hinzuzufügen:

„Als **Vollzugsorgane** dürfen nur Personen von **zuverlässiger republikanischer Gesinnung** beschäftigt werden. Personen, die sich nach dem 9. November 1918 an monarchistisch-militaristischen Bestrebungen beteiligt haben oder der Begünstigung solcher Bestrebungen verdächtig sind, sind von der Beschäftigung in den **Landeskriminalpolizeiämtern und Landeskriminalpolizeistellen ausgeschlossen."**

Wir wollen, daß das Gesetz sich eindeutig gegen die die republikanische Staatsform gefährdenden **monarchistisch-militaristischen Bestrebungen** wendet. Im Gesetz selbst steht kein Wort mehr davon. Nur unter dieser Bedingung könnten wir dem Gesetz zustimmen.

Der **Unabhängige Unterleitner** stellte fest, daß die Hetze gegen das Reich in Bayern von reaktionären Nichtbayern betrieben werde.

Die Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt. Auch die USPD. stimmt mit dagegen. — Arbeitsgemeinschaft!

Das Gesetz wird nach den Ausschußbeschlüssen **gegen die Stimmen der Kommunisten** angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Dienstag, 10 Uhr norm. Tagesordnung: Dritte Lesung der Schulgesetze, Amnestie, Notlage der Presse und eine ellenlange Liste von kleinen Vorlagen.

„Mögen sie rechts oder links stehen!"

Die SPD. im Rheinland gibt das Stichwort für die Kommunistenhetze

Im Rheinland haben die Noske und Wels ihre stärksten Stützen. Was man in Berlin schamhaft verschweigen muß, kann man in Köln offen aussprechen. So wurde im Auftrag Berlins auf einer Konferenz der SPD. der oberen Rheinlande eine Resolution angenommen, die andeutet, wohin die Reise geht. Im Schlußteil heißt es:

„Im Kampfe gegen die Reaktion, zum Schutze der Demokratie, der Republik und der Verfassung werden wir immer auf dem Posten sein. Rücksichtslosen Kampf sagen wir allen denen an, die versuchen, diese Errungenschaften der Revolution zu gefährden oder zu beseitigen, mögen sie rechts oder links stehen.

Damit hat die Reaktion das Stichwort für neue Kommunistenverfolgungen erhalten. Sie wird sich dabei auf die Sozialdemokratie berufen können, die den Kommunisten rücksichtslosen Kampf ankündigt. Nicht genug, daß die SPD. für das Sozialistengesetz stimmt, gibt sie zugleich an, wie es auszulegen ist. Die Reaktion wird sich das nicht zweimal sagen lassen.

Ein klägliches Verteidigungsgestammel

Der neue Aufruf der Spitzenorganisationen

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der allgemeine freie Angestelltenbund, die SPD. und die USPD. veröffentlichen einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem sie eine Darstellung der Vorgänge geben, die zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen geführt hätten, und ihre Haltung zur Frage der Reichstagsauflösung rechtfertigen. Die Auflösung hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Krise geführt, zu einer Erschwerung der dringlichsten Lösungen der Reparationsfrage. Sie hätte die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verschärft, den Sturz der Mark beschleunigt, die Preissteigerung gefördert und so die Arbeiterschaft besonders geschädigt. Deshalb hätten sie die Mittel nicht angewendet.

Der Aufruf ist ein einziges **klägliches Verteidigungsgestammel**, unwürdig der 8 Millionen Mann starken Gewerkschaften. Ein Eingeständnis der Schwäche und der Feigheit, wie man es sich stärker nicht vorstellen kann! „Freilich, unsere Forderungen sind nicht restlos erfüllt", so heißt es darin, „nicht alles, was wir verlangten, ist erreicht." So an einer anderen Stelle: „Noch besitzt in dem Industriestaat Deutschland der Reichstag eine beträchtliche bürgerliche Majorität." So gehen die hilflosen Ausreden weiter. Kein Wort ist in dem Aufruf gegen die Kommunisten. Der Wert des Aufrufs ist daran zu erkennen, daß selbst Gewerkschafter wie Dißmann und Aufhäuser gegen das Schutzgesetz gewesen sind.

„Vorbei ist die Musike"

Lensch verspottet seine Parteigenossen

Berlin, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Stinnesblatt macht der Sozialdemokrat Paul Lensch seine hämischen Bemerkungen über die maulaufreißende Tätigkeit der Menschewisten. Unter der Ueberschrift „Vorbei ist die Musike" sagt er, die **Unabhängigen** und **Rechtssozialisten** hätten **niemals ernstlich an eine Reichstagsauflösung gedacht.** Alles sei Theater gewesen. Die unabhängigen Zeitungen wären bankrott, die Partei habe keine Kraft mehr.

Verdächtige Freunde der Einheitsfront

Berlin, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die letzten Zweifel an der nahe bevorstehenden Vereinigung der SPD. und USPD. beseitigt die soeben bekanntgewordene Aenderung auf der Tagesordnung des Sozialdemokratischen Parteitages Mitte September. Ein Referat von Otto Wels über die nationale und internationale Einheitsfront des Proletariats ist auf die Tagesordnung gesetzt worden. Das bedeutet, daß die SPD aufs neue sich für die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien einsetzt.

Ebert stellt sich zur Wahl

Wie WTB. meldet, hat Ebert den Reichstag ersucht, da nunmehr rechtliche und tatsächliche Hindernisse nicht mehr im Wege stünden, den Tag für die **Neuwahl des Reichspräsidenten** festzusetzen. Die Parteiführer, mit denen der Reichskanzler die Frage besprochen hat, waren der Auffassung, daß die Festsetzung des Wahltages noch vor dem Auseinandergehen des Reichstags **nicht zweckmäßig** sei. Der Termin soll erst im Oktober festgesetzt werden und die Wahl voraussichtlich im Dezember oder Januar stattfinden.

Natürlich hat niemand im Ernst geglaubt, daß im selben Augenblick, in dem der Reichstag mit Ach und Krach das Kompromiß über das Schutzgesetz unter Dach gebracht hat, die Koalitionsparteien die Neigung haben würden, die Situation durch Ansetzen der Präsidentenwahl aufs neue zu komplizieren. Das Angebot Eberts ist daher nichts mehr als eine billige und inhaltlose Geste.

Die Entdeckung der Rathenau-Mörder

Neue Verhaftungen von Deutschnationalen

Ueber die Aufspürung der Rathenaumörder wird vom WTB. gemeldet: Bevor die Beamten gewaltsam ins Turmzimmer der Burg Saaleck eindrangen, gaben sie Feuer auf die Fenster ab, wobei Kern verwundet worden zu sein scheint. Fischer hat darauf anscheinend Kern erschossen und sich selbst durch einen Schuß den Tod gegeben. Bei der Absuchung des Geländes um die Burg fand man an einer versteckten Stelle Kleiderbündel, die offenbar von Helfershelfern den Mördern dorthin gelegt worden waren, um diese durch neue Kleidung die Flucht zu erleichtern. Bei den Leichen fand man eine Generalstabskarte und Bargeld in Höhe von 3000 Mk. In der Wohnung des Dr. Stein, wohin die Mörder geflüchtet waren, wurde ein Karabiner, eine Pistole und dazugehörige Munition gefunden. Die Nachforschungen der Polizei bewegen sich jetzt hauptsächlich in der Richtung, inwieweit Dr. Stein möglicherweise als Begünstiger und Helfer der Mörder in Frage kommt und ob ihm ein Zusammenhang mit irgendwelchen rechtsradikalen Organisationen nachgewiesen werden kann.

Berlin, 19. Juli. Der Besitzer der Saaleck-Burg, in der sich die Mörder Rathenaus erschossen haben, ist wegen Verdachtes der Begünstigung festgenommen worden. Er wird nach Berlin übergeführt. Die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei erstrecken sich jetzt weiterhin darauf, ob noch weitere Personen der Begünstigung schuldig sind. Es wird festzustellen sein, welche Helfershelfer die Flucht von Fischer und Kern in den Tagen vom 9. bis 17. Juli unterstützt haben. In dieser Hinsicht ist folgendes bemerkenswert: Die Leiche von Kern weist an beiden Oberschenkeln halb verheilte etwa acht Tage alte Schußwunden von Schrotschüssen auf. Derjenige, der in den letzten acht bis zehn Tagen mit Schrot auf verdächtige Personen geschossen hat, wird gebeten, dem Berliner Polizeipräsidium, Abteilung Ia Mitteilung zu machen.

Ehrhardt kündigt sich an

TU. München, 18. Juli.

Der frühere Kommandant der Marinebrigade Ehrhardt, Korvettenkapitän Ehrhardt, veröffentlicht in den Münchener Blättern eine Erklärung über die Organisation C, worin es am Schluß heißt: Die Organisation C ist aufgelöst und zerschlagen, es schadet nichts, der Geist läßt sich nicht durch Verbote und Paragraphen töten. Ich weiß, daß die alten Mitglieder der zweiten Marinebrigade sich wieder zusammenfinden werden, auch ohne Organisation und Verein. Sie werden ihre Pflicht zu tun wissen, wenn aus Deutschland ein bolschewistischer Rätestaat werden sollte. Ein anderes Ziel, als dieses Ziel der Abwehr, hat die gehaßte, gefürchtete und schamlos verleumdete Organisation C ebensowenig gehabt wie ihr Rechtsnachfolger. Als Aufgabe der Organisation C wird in dem Schreiben bezeichnet, daß bei bolschewistischen Unruhen sich ihre Mitglieder, falls die Machtmittel des Staates nicht ausreichen oder versagen sollten, der gesetzmäßigen Regierung zur Verfügung stellen.

*

Ehrhardt hofft auf einen zweiten Noske. Wenn dieser Sozialdemokrat die Mörder in seinen Dienst genommen hat, warum soll es ein anderer, zum Beispiel Wels, nicht tun? Und kündigt die Regierung ihrerseits nicht an, daß sie sich auf dem besten Wege dahin befindet? Gute Zeiten für Mörder!

Landesschulausschuß

Durch Verhandlungen mit der SPD., USPD. und FGGD. (Freie Lehrer-Gewerkschaft Deutschlands) ist man in Thüringen zur Bildung eines Landesausschusses geschritten, der sich aus je einem Vertreter des Bezirksvorstandes, der Elternräte und der Lehrer der einzelnen Parteien zusammensetzt. Der Ausschuß wird sich diese Woche konstituieren.

Das Magdeburger Monarchistenhetzblatt schon wieder da!

Am Sonntag fand zwischen dem Oberpräsidenten Hörsing und dem Verleger der „Magdeburgischen Zeitung" eine Aussprache statt. Das Ergebnis der Aussprache ist ein Antrag des Oberpräsidenten an den Minister Severing, die „Magdeburgische Zeitung" ab Dienstag, den 18. Juli, wieder erscheinen zu lassen. Sehr weit hat der Mut der Herren Severing und Hörsing also nicht gereicht. Ja, wenn es ein kommunistisches Blatt gewesen wäre!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220719-12/fragment/page=0002

Auch die USPD. Köln gegen die Koalitionspolitik

Die USPD. Kölns befaßte sich in zwei Versammlungen mit dem Beschluß ihrer Zentralleitung, in die Regierung einzutreten. Nachdem sich die meisten Diskussionsredner gegen den Beschluß ausgesprochen hatten, wurde nachstehende Resolution „mit großer Mehrheit", wie der unabhängige „Volkswille" berichtet, angenommen:

„Die Ortsgruppe Köln der USPD. ist sich vollkommen bewußt, daß außergewöhnliche Zeiten politischer Hochkonjunktur auch außergewöhnliche Maßnahmen der Arbeiterschaft erfordern. **Trotzdem nimmt die Ortsgruppe mit schweren Bedenken Kenntnis von dem Beschlusse der Reichskonferenz, in der gegenwärtigen Situation in die Regierung einzutreten,** ohne daß neben den politischen Bedingungen der fünf Arbeiterorganisationen bestimmte wirtschaftliche Mindestforderungen gestellt wurden. Die Ortsgruppe Köln ist der Auffassung, daß selbst die vorerwähnten politischen Bedingungen nur gegen und nicht mit den bürgerlichen Koalitionsparteien verwirklicht werden können."

Damit schließt sich Köln den anderen Bezirken im Rheinland an, die sich alle gegen die Koalitionspolitik aussprechen und von ihrem Zentralvorstand die strikte Einhaltung des Leipziger Manifestes verlangen. Aber Crispien und Hilferding pfeifen auf diesen Willen ihrer Mitglieder und gehen ihren Weg — direkt zur SPD.

Arbeiteeschutzwehr

In einer Sitzung des Gewerkschaftskartells und der drei Arbeiterparteien in Senftenberg (Niederlausitz) wurde die Arbeiterwehr, die sich anläßlich der Ueberfälle und der Demonstrationen beim Rathenaumord gebildet hatte, als dauernde Organisation festgelegt und Richtlinien für ihr Arbeiten beschlossen. Eine Betriebsräte-Vollversammlung des Senftenberger Kohlengebietes wurde einberufen unter Hinzuziehung der Vertreter der Landarbeiterschaft, um sich mit der Feststellung und Beseitigung der reaktionären Treibereien auf Grund des Berliner Abkommens zu beschäftigen, und den Kampf gegen den Lebensmittelwucher zu organisieren.

In den Richtlinien der Arbeiterschutzwehr heißt es: Jeder Gewerkschaftskartellbezirk bildet für sich eine selbständige Arbeiterschutzwehr. Die einzelnen organisierten Arbeiterschutzwehren haben ihre eigenen Wehrleitungen. Jede Wehrleitung ist dem zuständigen Kontrollausschuß unterstellt. Monarchistische Bestrebungen sind mit allen Mitteln zu verhindern. Für das gesamte Senftenberger Industriegebiet wird ein gemeinsamer Arbeiterschutzwehrverband mit dem Sitz in Senftenberg gebildet, dem die angrenzenden Arbeiterschutzwehren verpflichtet sind, sich gegenseitig im Bedarfsfalle zu unterstützen. Mitglied der organisierten Arbeiterschutzwehr kann jeder zuverlässige Arbeiter werden, der mindestens zwei Jahre freigewerkschaftlich und ein Jahr politisch organisiert ist. In allen Fragen, die die organisierte Arbeiterschutzwehr betreffen, darf nur gemeinsam gehandelt werden. — Unterzeichnet sind die Richtlinien der Arbeiterschutzwehr in Senftenberg vom Gewerkschaftskartell, der SPD., USPD. und KPD.

Ein neuer Beweis, daß die Arbeiterschaft unbekümmert um die Sabotageversuche der SPD., USPD. und der Gewerkschaften jene Maßnahmen ergreift, die für die Bekämpfung der Konterrevolution notwendig sind.

Aus der Reichswehr

Die „Militärrevolte" in Lötzen

Die Mannschaften der **Lötzener Garnison**, 9. Kompagnie, stellten die ultimative Forderung auf Säuberung der dortigen Truppenteile von allen monarchistischen Offizieren, die ihnen im übrigen **auch länglt bewilligte Gelder nicht auszahlten.**

Als beide Forderungen abgewiesen wurden, **verweigerten sie den Dienst.** „Zuverlässige Truppen" aus umliegenden Garnisonen, die man in Lastautos herangeholt hatte, **entwaffneten** die „Meuterer" und brachten sie **unter scharfer Bedeckung** nach Lyck, wo sie ihrer Aburteilung entgegensehen.

Reichswehrsoldaten, die für ihre elementarsten wirtschaftlichen Forderungen und für den Schutz der Republik eintreten, werden bestraft. Den monarchistischen Herren Offizieren aber geschieht nichts. Wie schlimm die Lage der Reichswehrsoldaten sowohl wirtschaftlich wie auch infolge der brutalen Behandlung durch die Offiziere ist, zeigt eine Meldung aus **Königsberg:** Dort haben sich in der Rothensteiner Kaserne **zwei Reichswehrsoldaten erschossen.** Trotz aller Vertuschungsmanöver des Wehrkreiskommandos ist es bekannt geworden, daß die Behandlung durch die Offiziere und der Hungerlohn die Motive zu dem Doppelselbstmord gewesen sind.

Wir fordern strengste Untersuchung durch ein Kontrollorgan von Reichswehrsoldaten in Verbindung mit Vertretern der Arbeiterparteien!

Ludendorff erklärt

Der Kappverbrecher Ludendorff läßt eine lange Erklärung los, in der er seinen ebenso grotesken wie unverschämten Einfall, den Mord an Rathenau den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, begründet. 1. habe er diese Ueberzeugung aus einem dem russischen Obersten von Freyberg nicht abgenommenen Schriftstück gewonnen. Von diesen dunklen Quellen läte Ludendorff besser zu schweigen, da er durch sie nur sich selbst kompromittiert; 2. Glaube er, daß Mehrheitssozialisten und Unabhängige, obzwar Gegner des Bolschewismus, die Machtmittel des Staates geschwächt hätten. Dies ist für die beiden Parteien sehr schmeichelhaft. hat aber mit der Urheberschaft an dem Mord nichts zu tun. 3. Will Ludendorff dem „Detail Expreß" mitgeteilt haben, daß die Frage, ob Monarchie oder Republik, vor dem Kampf gegen den Bolschewismus zurücktreten müsse. Das glauben wir Ludendorff und der gesamten Bourgeoisie!

Der Revolver-Junker endlich verhaftet!

Berlin, 19. Juli. Der wegen seiner Schießereien auf harmlose Waldbesucher oft genannte **Herr von Kühne** auf Schloß Tetzow ist jetzt unter dem Verdacht, im vorigen Jahre einen Schlosserlehrling **erschossen zu haben, verhaftet** worden.

Es ist ein Skandal, daß dieser junkerliche Mörder so lange frei herumlaufen konnte. Nun, er wird milde Richter finden. Er hat ja nur auf Proleten geschossen!

Verbotener Studentag

Frankfurt a. M. Das Oberpräsidium für Hessen-Nassau hat den geplanten Studententag in Marburg verboten.

Auch die italienischen Sozialdemokraten für Koalitionspolitik

EP. Rom, 18. Juli.

In der gestrigen Versammlung der sozialistischen Kammerfraktion sprachen sich Turati, Modigliani und andere Delegierte für die sofortige Herbeiführung der Regierungskrise aus. Die Zusammenarbeit (Koalition) würde eher mit den Demokraten als mit der katholischen Volkspartei geschehen. Nachher fand eine Unterredung zwischen dem politischen Sekretär der Volkspartei, Don Sturzo, und Turati und Treves statt. Die römischen Blätter beurteilen die Lage pessimistisch. Das „Giornale d'Italia" meint jedoch, daß die Volkspartei erst die Klärung der inneren Krise in der sozialistischen Partei abwarten will, um dann endgültig über das Zusammenarbeiten zu entscheiden. Der „Corriere della gera" meint, daß das Vorgehen der Sozialisten in diesem Augenblick ihnen nur nützen könne. Doch sei es nicht ausgeschlossen, daß die Kammermehrheit den Ernst der Lage noch im rechten Augenblick erkennen und das Manöver der Sozialisten durch ein Vertrauensvotum für die Regierung vereiteln werde.

Das italienische Proletariat muß sich schwer der bewaffneten Angriffe der Faszisten erwehren. Und die sozialdemokratische Kammerfraktion steht im Mittelpunkt parlamentarischer Schiebungen, um die durch die Faszistenunruhen in Cremona arg bedrängte Regierung nur deswegen zu stürzen, um in Koalition mit der Bourgeoisie (mag sie nun als „Demokraten", oder „Katholische Volkspartei" organisiert sein) Ministersessel zu ergattern. Im Gebiet von Novaza sind die städtischen, wie die Landarbeiter in den Generalstreik getreten, weil die bewaffneten Weißen Horden sich dort festgesetzt haben. Es ist damit zu rechnen, daß die Arbeiterschaft der ganzen Provinz Ligurien, in der Genua und Sestri liegen, in den Generalstreik treten wird. In allen bedrohten Provinzen wird spontan, von unten herauf die proletarische Einheitsfront zur Abwehr der reaktionären Mordbanden hergestellt. Kommunistische, sozialistische und zum Teil auch christlich-soziale Arbeiter schließen sich zusammen, um der faszistischen Gewalt die proletarische Gewalt entgegenzusetzen. Und die Rechtssozialisten und Gewerkschaftsbureaukraten sehen den Ausweg ausschließlich — — — in der Koalition mit dem Bürgertum. Wie in Deutschland!

Heuchlervolk!

SPD. und USPD. gegen Todesstrafe für monarchistische Mörder in Rußland

Berlin, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Anstatt ihre Pflicht für die deutsche Arbeiterschaft zu tun, wagen sich die Sozialdemokraten und Unabhängigen, eben noch beladen mit dem allergrößten Verrat an der deutschen Arbeiterklasse, ihre großen Mäuler wieder in russische Angelegenheiten zu stecken. Sie verlangen in einem Telegramm nach Moskau, daß die monarchistischen Mörder nicht zum Tode verurteilt werden. Eben noch haben diese Halunken für Todesstrafe an deutschen Ministermördern gestimmt. Hier handelt es sich ja auch um ihre Ministersessel, in Rußland aber sind es nur Kommunisten, die ermordet wurden. Dieses Heuchlervolk macht sich lächerlich.

Das Attentat auf Lenin

Moskau, 15. Juli 1922.

Nachdem das Gerichtstribunal eine Verhandlungspause eintreten ließ, begann es am 14. Juli mit der Untersuchung der Terrorakte.

Zunächst wird zu der Verhandlung über das erste Attentat auf Lenin geschritten. Der Angeklagte Timofejef bestätigt, daß die SR. mit der Angeklagten Konopljewa Unterhandlungen gepflogen haben. Er, Timofejew, sei persönlich dagegen gewesen. Das Gericht stellt fest, daß der Angeklagten Konopljewa gegenüber weder durch Goz, noch durch das ZK. der SR., noch durch Timofejef selbst irgend ein Widerspruch gegen das beabsichtigte Attentat geltend gemacht wurde. Die SR.-haben nicht einmal ein formelles Verbot ausgesprochen. Der Angeklagte Jefimow bestätigt alle Aussagen Konopljejewas. Hierdurch wird ganz einwandfrei bewiesen, daß das Attentat auf Lenin mit Zustimmung des ZK. vorbereitet wurde. Jefimow sagt aus, daß er auch mit eigenen Augen das Gift gesehen habe, mit dem die Revolverkugel versehen wurde. Außerdem erklärt er, daß das ZK. der SR. die Zurückziehung des alten Kämpfers Mossejenko beabsichtigt hatte. Mossejenko weigerte sich aber, der an ihn begangenen Aufforderung Folge zu leisten.

Nach den Aussagen der Zeugen Burewoj und Rakitnikow ist die Frage des Terrors vom ZK. im Februar 1918 behandelt worden. Das ZK. verwarf zwar den Standpunkt, wonach die Terrorakte als Kampfmittel angewandt werden sollten, Tschernow dagegen hat in dieser Sitzung sich gegen diese Ansicht des ZK. gewandt. Nach dem Attentat der Kaplan gegen Lenin wurde die Terrorfrage sogar vor dem Plenum des ZK. der SR. in Samara behandelt. Das ZK. faßte jedoch keinen Beschluß; es nahm vielmehr lediglich die Mitteilung des Attentats auf Lenin zur Kenntnis. Das ZK.-Mitglied der SR. Burewoj hat damals in den Samarazeitungen einen Artikel veröffentlicht, in dem das Attentat auf Lenin von ihm als ein „langersehnter Akt der Volksrache" bezeichnet wurde.

Das Gericht verlas bei dieser Gelegenheit die Aufzeichnungen Tissenskos in „Golos Rossii", die sich mit dem Attentat auf den Zug befassen, in dem sich der Rat der Volkskommissare befand. Die Angeklagten Goz, Iwanow und Semenow erklären, daß diese Aufzeichnungen nicht den wirklichen Tatsachen entsprochen hätten.

Ausland

Der Streik in Amerika

Neuyork, 19. Juli. Die Nachrichten über die Streiklage in Amerika lauten erfreulich. Die Arbeiterschaft hat die Staatsinstanzen in schwere Bedrängnis versetzt. Das Staatssekretariat für das Kriegswesen, Weeks, teilt mit, wenn die einzelnen Staaten nicht mit der Bewegung fertig würden, müßten die Bundestruppen eingreifen. Das Streikkomitee erläßt einen weiteren Streikbefehl für 25 000 Heizer und Maschinisten. Wenn am 1. August die Kohlenproduktion nicht wieder voll und ganz aufgenommen ist, liegt die ganze Industrie tot. In Hunderten von Städten kam es zu schweren Auftritten mit der Polizei.

Die Mörder General Wilsons zum Tode verurteilt

London, 18. Juli. Die beiden Irländer Dunn und O'Sullivan wurden gestern wegen der Ermordung des Feldmarschalls Wilson zum Tode verurteilt.

Internationales

Genossin Rosa Bloch gestorben

Unsere Schweizer Bruderpartei hat einen schweren Verlust erlitten durch den plötzlichen Tod der Genossin Rosa Bloch in Zürich. Genossin Bloch, die nur 42 Jahre alt geworden ist, hat mit unermüdlicher Tatkraft am Aufbau der Kommunistischen Partei der Schweiz mitgewirkt. Die Schweizer kommunistische Frauenbewegung dankt ihr viel. Ebenso hat sie den „Kämpfer", unser Züricher Bruderorgan, eifrig gefördert. Genossin Bloch war in der ganzen Internationale als ausdauernde Kämpferin für die Sache der Weltrevolution bekannt und geschätzt.

Vom Tage

Ein Familiendrama. Königsberg i. Pr. Infolge zerrütteter Familienverhältnisse erschoß der 27jährige Bäcker Aust eine 19jährige, als Barbame beschäftigte Frau und das dreijährige Söhnchen.

Die ungültige Germaniamarke. Berlin, 19. Juli. Die Germaniamarke verliert mit Ablauf des 31. Oktober d. J. ihre Gültigkeit.

Aus der Provinz

Achtung, Angehörige der Inhaftierten! Bezirkskomitees der Roten Hilfe!

Wir sind in der Lage, 75 Kinder auf drei Monate aufs Land zu schicken. Alter 7 bis 14 Jahre.

Wir ersuchen die Angehörigen der Inhaftierten, sofort ihre Adressen ihren zuständigen Bezirkskomitees mitzuteilen. Wir müssen bis spätestens zum 20. Juli im Besitz der Meldungen durch die Bezirkskomitees sein.

Zentralkomitee der „Roten Hilfe".

Warnung vor einem Betrüger

Der Elektriker Karl Schorb, geb. 23. März 1893 zu Hagen in Westfalen, aus Groitzsch bei Teicha, Saalkreis, Regierungsbezirk Merseburg, ist zum Betrüger geworden.

Als Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Teicha der Union der Hand- und Kopfarbeiter hat er unter Vorspiegelung falscher Tatsachen dem Kassierer die Beiträge Monat Juni (zirka 2000 Mark) und ein der Ortsgruppe gehörendes Fahrrad abgenommen und ist damit flüchtig geworden.

Wir warnen vor Schorb und ersuchen bei Antreffen ihm Material und Legitimationen der Union und Partei abzunehmen und Aufenthalt an Bezirksleitung der Union der Hand- und Kopfarbeiter, Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14 zu melden.

Bezirksleitung der Union der Hand- u. Kopfarbeiter
Richard Schmidt.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg
Georg Schumann.

Kein zufälliges Pech!

Die USPD. sieht ihren unabwendbaren politischen Tod vor Augen, nachdem sie sich in die absolute Gefolgschaft der SPD. begeben hat. Aber dieser Zustand ist nicht plötzlich über die USPD. gekommen. Sie liegt schon seit langem in Agonie. Dafür ein interessantes Beispiel.

Die Arbeiterschaft des Bezirks Halle-Merseburg wird sich erinnern, was die USPD.-Organisationen in ihrem Todeskampfe aufgeboten haben, um ihre lahmen Parteigäule wieder etwas flott zu machen. Da mußte der Rattenfänger Paul Levi kommen und seine Troubadourgesänge anstimmen. Da holte man sich einen gelehrten Phraseur aus Moskau, namens Abramowitsch, der die Bolschewisten „marxistisch" töten sollte, und von dem sogar der USPD.-Redakteur Kasparek im „Volkspart" äußerte: Mir kommt der Kerl besoffen vor! Unter anderen trat auch ein gewisser Minck als Redner in den USPD.-Versammlungen auf, der an den Ansichtsäulen und Inseraten von den USPD.-Organisationen als ein großer Oekonom der Arbeiterschaft präsentiert wurde. Wie aber dachten die Parteiinstanzen der USPD. selbst über diesen von ihnen hinausgeschickten Redner? Vor uns liegt ein Rundschreiben der Bezirksleitung der USPD. an die Ortsgruppen vom 15. Mai 1922, unterzeichnet: Die Bezirksleitung der USPD., Halle, J. A. Franz Peters. In diesem Rundschreiben instruiert Peters die USPD.-Ortsgruppen folgendermaßen über Minck:

Minck-Vorträge: Es ist uns mitgeteilt worden, daß der Genosse Minck (Berlin) in einigen Ortsvereinen wissenschaftliche Vorträge hält und sich auch in anderen Ortsvereinen anbietet, Vorträge zu halten. Aus den von Minck selbst verfaßten Vortragsdispositionen geht aber hervor, daß er in diesen Vorträgen **Gedanken** entwickelt, **die vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus sehr anfechtbar sind.** Auch nimmt er in seinen Vorträgen **direkt Stellung gegen die USPD.** Minck versucht ferner, in den Orten Kulturvereinigungen zu bilden, die er als Träger des Kultursozialismus bezeichnet, was auf die Bildung einer neuen Organisation hinausläuft.

Wir sehen uns veranlaßt, dem parteischädigenden Treiben Mincks entgegenzutreten und fordern unsere Ortsvereine auf, den Genossen Minck keine Vorträge mehr halten zu lassen. Die Zentralleitung hat sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt und wird Minck zu einer Aussprache nach Berlin laden, um vollkommene Klarheit zu schaffen. Bis dahin müssen die Ortsvereine jede Verbindung mit Minck abbrechen.

Aber das entschiedene Pech, das die USPD. mit ihren Rednern in Halle-Merseburg gehabt hat, ist nicht etwa ein Zufall, sondern eine Folge der vollkommenen politischen Halt- und Hilflosigkeit dieser Partei. Und so ist sie in die Klauen des regierungssozialistischen Wolfes geraten, der sie verschlingen wird.

Julilöhne für das Personal der Landesheil- und Pflegeanstalten, der Provinzial-Blindenanstalt und Magdeburger Krankenhäuser

Am 14. Juli wurden zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverbande der Kreise und Gemeinden, e. V., Magdeburg und dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Magdeburg die Julilöhne für das Personal der Landesheil- und Pflegeanstalten in der Provinz Sachsen und im Freistaate Anhalt sowie für das Personal der Provinzial-Blindenanstalt in Halle abgeschlossen. Die ab 1. Juli gültigen Löhne sehen eine Aufbesserung der Junilöhne um 25 bis 30 Prozent für das männliche Personal, um 20 bis 25 Prozent für das weibliche Personal vor. Anschließend hieran wurden am 15. Juli die Julilöhne für das Personal der städtischen Krankenhäuser der Stadt Magdeburg festgesetzt. Durch die ab 1. Juli festgesetzten Löhne wurde dem männlichen Personal der Magdeburger Krankenhäuser eine Lohnaufbesserung von 20 bis 30 Prozent, für das weibliche Personal von 15 bis 25 Prozent auf die Junilöhne zugebilligt. Als höchster Lohn beläuft sich ab 1. Juli das Monatseinkommen eines verheirateten Oberpflegers ohne Kinder auf 4990 Mk. Der niedrigste Lohn, der Lohn eines Hausmädchens mit freier Station, wurde auf monatlich 700 Mk. festgesetzt.

Kommunisten bekommen keine Wohnung

Wie die reaktionären Kreise die Verfassung durchführen, zeigt folgendes Schreiben:

Herrn Willy Barnich, hier.

Wegen des von Ihnen öffentlich getragenen Abzeichens der Sowjets und der dadurch auf jeden Fall anzunehmenden bolschewistischen Gesinnung kann dem Gesuch um Wohnung in einem Gemeindegrundstück auf keinem Fall stattgegeben werden.

Sollten Sie schon Arbeiten an dem Gemeindehaus ausgeführt haben, so ist Rechnung hierüber einzureichen und werden die baren Auslagen von der hiesigen Gemeindekasse zurückerstattet.

Gemeindestempel Alleben. Der Gemeindevorstand.
O. Stetefeldt.

Also weil der Arbeiter den Sowjetstern trug, deshalb wird er in der Gemeinde nicht geduldet, deswegen wird er obdachlos gemacht. Alleben liegt in Thüringen bei Gotha. Thüringen hat eine sozialistische Regierung und immer noch ist dieser Reaktionär Gemeindevorsteher. Der Gothaer Kontrollausschuß hat die Pflicht, diesen Patron, der die Reichsverfassung in offensichtlich mit Füßen tritt, mitsamt dem gesamten Gemeindevorstand nicht nur zum Teufel zu jagen, sondern wegen Vergehens gegen die bestehenden Gesetze und Uebertretung der Amtsbefugnisse der Bestrafung zuzuführen. Jedenfalls ein trefflicher Anschauungsunterricht für das Wesen der Republik und der ungebrochenen Macht der Reaktion in der Verwaltung. Dieser Vorfall beweist, daß die Arbeiterschaft mit allem Nachdruck auf die Durchführung des Berliner Abkommens, das die Reinigung der Verwaltung von den reaktionären Elementen fordert, trotz der Sabotage der USPD. und SPD. bestehen muß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220719-12/fragment/page=0003

Mittwoch

Donnerstag

Freitag

Nur noch 3 Tage dauert unser großer Saison-Ausverkauf!

Noch ist es Zeit, Ihren Bedarf zu diesen

spottbilligen Ausverkaufs-Preisen

zu decken. 2935

Denken Sie daran, daß durch den katastrophalen Niedergang der Reichsmark die Preise weiter gewaltig anziehen müssen. Nützen Sie unsere Angebote gründlich aus

Sie sparen bares Geld.

Dam.-Strümpfe engl. lang. schwarz, weiß braun, Paar 58.00 || Herren-Socken grau, Paar 29.75

Tritotagen

kaufen Sie jetzt am billigsten und besten!

Herren-Hosen	grau	34.75
Herren-Hosen	wollgemischt, gute Qualität 265,00	145.00
Herren-Trikot-Hemden	makofarbig	225.00
Herren-Hemden	wollgemischt, gute Qual.	265.00
Herren-Einsatz-Hemden	mit mod. schönen Einsätzen	245.00
Herren-Einsatz-Hemden	mit farb. Kragen u. Mansch.	350.00
Damen-Schlupfhosen	mod. Farben 110,00	89.50
Damen-Hemdhosen	weiß, fein gestrickt 115,00	98.00
Korsettschoner	weiß, fein gestrickt	29.75

Kleiderstoffe usw.

Blusenstoffe	schöne Streifen, hellmittelfarbig, Meter	75.00
Foulé	reine Wolle, in vielen Farben Meter	178.00
Kostümstoff	130 cm breit Meter	230.00
Eolienne	nur schwarz u. marine, Wolle, m. Seide, gute Qual., Mtr.	349.00

Im 1. Stock

Damen-Hemden	aus gutem Stoff, mit Langette . . . Stück	125.00
Damen-Knie-Beinkleider	aus gutem Wäschestoff u. breiten Stoff-volants und Hohlsaum-Langette	125.00
Damen-Frack-Korsetts	lang in Form 95,00	65.00
Wiener Schürzen	schwarz-weiß kariert, aus gutem Stoff	98.00

Herren-Artikel

Leder-Sportgürtel	in allen Weiten	58.00
Strickbinder	29,75	22.00
Halbwesten		49.00
Sporthemden	weiß mit Kragen .	375.00

Taschenbügel	Haarspangen	Lanolin-Toilett.-Seife	Fliegenfänger	Waschlerseife
14.50	8.75	6.50	1.25	9.50
Stück 16,50	durchbrochen . 14,50	Stck.	Stück	ca. 65 Proz. Fettgehalt Würfel

Eilen Sie! Unser Konfektions-Verkauf zu gewaltig herabgesetzten Preisen dauert nur noch **3 Tage!**

NUSSBAUM

Das führende Kauf- und Warenhaus Halles.

Haushalt-Artikel

Porzellantassen	mit Untertasse . . . . Paar	6.75
Einkochgläser	½ Liter, mit gutem Gummiring und Bügel	7.50
Bündeltöpfe	. . . . 5-teilig 10,75, 4-teilig	9.75
Essenträger	Emaille	18.50

K.P.D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 8 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Verwaltungssitzung d. Prod.-Genossenschaft

am Donnerstag, dem 20. Juli, nachm. ½5 Uhr, im Sitzungszimmer, Lerchenfeldstraße 14.

Die Sitzung muß pünktlich beginnen.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg.
Fritz Kroh.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Kommunistische Kartellbelegierte. Mittwoch, den 19. Juli, abends pünktlich ½8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (Zimmer 1 a): **Wichtige Sitzung.**

Kommunistische Transportarbeiter. Freitag, den 21. Juli, abends ½8 Uhr, in der „Produkt.-Genossenschaft", Kl. Zimmer: **Sitzung**

Gemeinsame Distriktsversammlungen am Donnerstag, 20. Juli, abds 8 Uhr. Thema in allen Versammlungen: **„Die Gewerkschaften und die KPD".**

Distrikte 1, 2, 3 und 4, abds. 8 Uhr, im Restaurant „Goldene Kette", Alter Markt. Referent: Genosse Joh. Schmidt.

Distrikte 5, 6, 7, 7a und 8, abends 8 Uhr, im Saale der „Produktiv-Genossenschaft". Ref.: Genosse Schumann.

Distrikte 9, 9a u. 10, abds. 8 Uhr, in „Loefs Hof" (Restaurant Schnabel), Merseburger Str. Referent: Genosse Grabow.

Distrikte 11 und 12, abends 8 Uhr, bei Tahte, Berliner Straße. Referent: Genosse Urban.

Distrikte 13 und 13a, abends 8 Uhr, in der „Plauderecke". Referent: Genosse Oertel.

Distrikte 14, 15, 16, 17 u. 18, abds. 8 Uhr, im „Volkspark". Referent: Genosse Höcker.

Distrikt 19, abends 8 Uhr, im Distriktslokal in Trotha. Referenten: Gen. Hirsemann u. Grabe.

Distrikt 20, abds. 8 Uhr, im „Lindenhof" (Kröllwitz). Referent: Genosse Sachse.

Distrikt 21, abds. 8 Uhr, im Distriktslokal Böllberg. Referenten: Genossen Otto Müller und Kurt Lehnert.

Distrikt 22, abends 8 Uhr, im Distriktslokal. Referenten: Genosse Rößling und Genossin Anna Schumann.

Die Referenten zu diesen Versammlungen werden für Mittwoch, 19. Juli, nachmitt. 5 Uhr, nach dem Bezirkssekretariat bestellt, um Instruktion durch Gen. Höcker entgegenzunehmen.

Distrikt 22. Die für heute angesetzte Frauenversammlung findet nicht statt.

Halle-Saalkreis.

Teicha. Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Gottschalk: **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Gen. Joh. Schmidt, Halle.

Diemitz. Sonnabend, den 22. Juli, im „Gesellschaftshaus": **Mitgliederversammlung.**

Zscherben. Freitag, den 21. Juli, abds. 8 Uhr, im Gasthof Bolze: **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Genosse Sachse (Halle).

Kleinkugel-Naundorf. Sonnabend, d. 22. Juli, abds. 8 Uhr, im Gasthof Brill, Naundorf: **Mitgliederversammlung.**

Merkewitz. Sonnabend, 22. Juli, abds. 8 Uhr, im Gasthof „Rotes Haus": **Mitgliederversammlung.**

Mansfelder Seekreis.

Eisleben. Freitag, 21. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus": **Oeffentl. Volksversammlung.** Ref.: Gen. Wilh. Pieck.

Kreis Delitzsch.

Eilenburg. Freitag, 21. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentl. Versammlung.**

Kreis Bitterfeld.

Bitterfeld. Proletarier, Eltern! Schickt Eure Kinder am Donnerstag, 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, zu einen stündlichen **Unterhaltungsabend** nach dem Restaur. „Fürst Bismarck".

Grätzenheinichen. Freitag, d. 21. Juli, abends 8 Uhr, im „Goldenen Adler": **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Gen. Höcker (Halle).

Kreis Weißenfels.

Kretzschau. Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Tägel: **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Gen. W. Rößling, Halle.

Kreis Zeitz.

Wetterzeube. Freitag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof „Roten Löwen": **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Genosse Johannes Schmidt (Halle).

Kreis Sangerhausen.

Sangerhausen. Donnerstag, den 20. Juli, abends 6½ Uhr, im Parteibureau: **Kreisleitungs-Sitzung.** Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, in der „Bierhalle": **Funktionärsitzung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bezirksverein Halle.

Donnerstag, den 20. Juli, abends ½8 Uhr, im „Volkspark" (Mittelzimmer):

Sitzung der Baudelegierten und des erweiterten Vorstandes.

Das Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht. Jede Baustelle muß vertreten sein. 2940

Die Ortsverwaltung.

Ausgekämmtes

Damenhaar

kauft zu höchsten Preisen 480

H. Krolow, Geiststr. 16.

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Eisleben.

Maurer gesucht. 403 Amsdorf bei Mansfeld a. See Verbindungsstraße 3.

Parteischriften empfiehlt **Volksbuchhandlung** Eisleben, Kreiler Weg 8.

Bekanntmachung.

Krankenmehl wird vom Mittwoch, dem 19. Juli, an in den Bäckereien Fischer, Hintere Siedenhitze, und Rothe, Hohetorstraße, verkauft.

Eisleben, den 17. Juli 1922.

417 **Der Magistrat.**

Sangerhausen.

416 Verkaufe alle Sorten

Zigarren, Zigaretten u. Rauchtabak

und bitte die Genossen um rege Abnahme.

Aug. Wenzel, a. d. Gonna 39, I.

Geschlechtsleiden!

Drei lehrreiche Hefte, a Stück Mk. 2,00, Porto extra. 1. Harnröhrenleiden (frisch und veraltet) mit Anhang: **Weißfluß der Frau.** 2. Behandlung der Syphilis. 3. Nervenschwäche (sex). **Manneschwäche.** Keine Berufsstörung, keine giftigen Einspritzungen. Viele Anerkennungen. Schreiben Sie sofort, welches Leiden Ihnen Sorge macht. Alles völlig diskret. *519

Dr. med. **H. Schmidt,** Spezialinstitut G. m. b. H. **Berlin NW 69, Kathenower Straße 73.**
Sprechst. 10—1, 4—7.

Beste Bezugsquelle für Saalbesitzer und Vereine!

Tanzkontroller, Tanzblumen, Tanzkarten, Eintritts- und Garderobeblocks, Saaldekoration, Tombola-Verlosungsartikel sowie viele Geschenkartikel für Kinder, Kraftäbe. 2947

Paul Lange

Merseburger Straße 168

neben Operetten-Theater Fernruf 3477

Schokoladen Zuckerwaren usw. 487

kaufen Wiederverkäufer am billigsten bei

Bachran & Co., Markt 6, gegenüber Börse.

Fußbälle 488 Spezialität: **Marke „Salzgraf",** ga. Damer-Kernbrumleder anerkannt erstklassig!

Jungmann-Bälle

Sportgerechte **Fußballstiefel Jugendstiefel.** Solide Ware. **Große Auswahl.**

J. Schärer & Co., Halle (Saale), **Gr. Ulrichstraße 40,** (Eingang Kaulenberg). 2946

Die Beleidigung, die ich geg. Herrn **Paul Hammer** und Herrn **Ernst Opel** ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück.

Frau Stolze.

Guterhaltene und neue **Herrengarderoben, feldgraue Militärbekleidg., Leihhausscheine** usw. kauft 1400 Rathausstr. 17, Hof l.

Riesenauswahl

Herrenstoffe

Homespun
Frackstoffe
Damenstoffe
Mantelstoffe
Kostümstoffe
Kleiderstoffe
Futterstoffe

Alpaka Mtr. 165
Mansches. Mtr. 195
Lüster Mtr. 145
Homespun Mtr. 340

Ruhland

Leipziger Str. 33
2 Treppen.

Soeben erschien: Soeben erschien:

DER FERNE OSTEN

(Protokoll des ersten Kongresses der revolutionären und kommunistischen Organisationen des Fernen Ostens)

Das Buch bringt zum ersten Mal in deutscher Sprache das Originalmaterial über die Lage und Aussichten der Bewegung der Länder des Fernen Ostens, berichtet über die revolutionären und kommunistischen Organisationen in Japan, Korea, China, Mongolei, gibt die Berichte über die internationale Lage und der Fernen Osten, über die Nationalitäten- und Kolonialfrage
it den Resolutionen d. Kongresses

Preis 70.— Mark (Organ. 40.— Mark)

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Auslieferung der Organisationsausgabe an die Organisationen der KPD. durch VIVA, Berlin SW 61, Planufer 17

Arbeitsmarkt

Stenotypistin

nach Stenogramm schreibend, zum baldigen Antritt gesucht. Bewerber müssen gewerkschaftlich organisiert sein. Angebote an die F

Produktiv-Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H.,
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Zeitungsträger (in)

für **Zschernitz**

bei **Brehna** zum 1. August **gesucht.**

Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden beim Genossen **Artur Stoge, Pohritzsch bei Brehna.** F

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220719-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 19. Juli 1922

Fortführung des Kampfes gegen die Reaktion

Oeffentliche Versammlung der KPD.

Gestern abend fand im „Volkspark" eine gutbesuchte öffentliche Versammlung statt. Genosse Maslowski schilderte die Verparteien. Trotz der Demonstrationen und des Justandekommens der Berliner Punkte habe sich die Lage zugunsten des Proletariats nicht geändert. Im Gegenteil. Die Reaktion könne jetzt ihr verbrecherisches Spiel fortsetzen, weil keine Maßnahmen ergriffen würden, die dieses Treiben unterbinden. Während man die für die Republik demonstrierenden Proletarier einkerkert, lasse man die eigentlichen Mörder frei umherlaufen. Den für die Erfüllung der Berliner Abkommens und für die Bildung einer Arbeiterregierung eintretenden Kommunisten werfe man Sabotage vor. In dem Augenblick, wo die Masse den Willen bekunde, zu kämpfen, begehe die USPD. einen schmählichen Verrat an den Massen, indem sie sich bereit erkläre, in eine bürgerliche Koalitionsregierung einzutreten. Zum Schluß zeigte der Redner am Gang der Entwicklung, wie richtig die Kommunistische Partei bisher gehandelt hat. Er forderte die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter auf, sich nicht durch die Ablenkungsmanöver der Führer beeinflussen zu lassen. Denn nur die geschlossene proletarische Kampffront werde die Reaktion besiegen. Die Diskussion wurde in der Hauptsache von Mitgliedern der KPD. bestritten. Alle sieben Redner bekundeten ihr vollständiges Mißverstehen der politischen Lage und der ganzen Situation. Die Versammlung nahm sie darum auch gar nicht ernst. Genosse Bernhardt schilderte kurz die Vergangenheit der SPD. und ihr heutiges kläglichen Verhalten. Genosse Hans Schmidt führte aus, daß die Massen heute keine Versöhnung, sondern den schärfsten Kampf fordern und begründete dann die untenstehende Resolution. Lehrer Recke trat für Volksbildung und Erziehung ein und meinte, daß gegenwärtig der günstigste Augenblick dazu da sei. Im Schlußwort geißelte der Referent die vollständig unberechtigte Kritik der KPD. und ihre fortwährende Nörgelei, ohne bessere Vorschläge zu machen. Ausführlich beschäftigte er sich mit der Erziehungsfrage und betonte, daß erst die materielle Grundlage geschaffen werden müsse, ehe man an eine vollständige geistige Ausbildung denken könne, denn der Geist ist bedingt durch das Sein. Folgende Resolution wurde hierauf gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die am 18. Juli im „Volkspark" zu Halle versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen halten einen wirksamen Kampf gegen die monarchistische Gefahr nur durch die Einheitsfront aller klassenbewußten Proletarier für möglich. Sie erblicken in der Beteiligung der sozialistischen Parteien an einer bürgerlichen Regierungskoalition das Aufgeben des wirklichen Klassenkampfes.

Die Versammelten verurteilen den böswilligen Ausschluß der Kommunistischen Partei von den gemeinsamen Verhandlungen der Spitzenorganisationen, der verhindern soll, daß der ADGB. und die sozialistischen Parteien die Forderungen des Berliner Abkommens tatsächlich preisgegeben und dem arbeiterfeindlichen Schutzgesetz zugestimmt haben. Die Versammelten verlangen die restlose Durchführung des Berliner Abkommens durch den unbefristeten Generalstreik als das einzig wirksame Kampfmittel.

Die Hallische Arbeiterschaft erblickt in den Kontrollausschüssen ein notwendiges Instrument zur Abwehr der sich täglich steigernden reaktionären Angriffe. Sie erwartet, daß der Bezirkskontrollausschuß für Halle-Merseburg die bestehenden Ortskontrollausschüsse im Bezirk schnellstens zentral zusammenfaßt und seine Aufgaben zur Niederzwingung der Reaktion energisch in Angriff nimmt.

Zum Kampf im Gastwirtsgewerbe

Da die Gastwirte immer wieder versuchen, die Bewegung im Gastwirtsgewerbe falsch darzustellen, ist es notwendig, noch einmal zu betonen, daß die Arbeitgeber den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt haben und darauf die Kellner, die sich der Wiedereinführung des Trinkgeldsystems widersetzten, einfach aussperrten. Die Gastwirte wollen die Angestellten wieder in das vorkriegszeitliche Sklavenjoch mit der menschenunwürdigen Trinkgeldbettelei zurückführen. Dagegen wehren sich die Angestellten mit Recht. Die Angestellten wissen sehr gut, daß es den Gastwirten gar nicht schwer fällt, die Angestelltenforderungen zu bewilligen. Allerdings, wenn man in einigen Jahren mehrfacher Hausbesitzer oder gar durch die hohen Gewinne Millionär werden will, wie es bei einigen durch die gute Kriegs- und Revolutionskonjunktur der Fall ist, müssen sie schon zu solchen Ausbeutungsmethoden greifen. Ein Teil der Wirte hat schon erklärt, daß sie ihre langjährigen Angestellten nach Beendigung des Streiks nicht wieder einstellen werden. Die Geschäftsführer der städtischen Betriebe marschieren hier sogar an der Spitze.

Die Angestellten haben bisher den Abwehrkampf in ruhiger und sachlicher Weise geführt. Dagegen haben die Wirte mit den schmutzigsten Verleumdungen gegen die Angestellten gekämpft. Teilweise sind sie sogar gegen die Streikposten tätlich vorgegangen. Nur ein Beispiel: Der Wirt des „Grünen Baumes", Herr Schultz, riß einem Streikposten das Schild von der Brust und gab ihm einen Stoß vor die Brust, daß er zurücktaumelte. Der nächste Streikposten wurde ebenfalls beschimpft und sogar mit dem Revolver bedroht. Hallische Sipo greift überall ein und unterstützt diese geldgierigen Unternehmer. Die Angestellten müssen einen schweren Kampf führen, da alles gegen sie kämpft. Trotzdem sind sie gewillt, den ihnen aufgezwungenen Existenzkampf durchzuführen. Die Arbeiterschaft wird sie in diesem Kampf mit allen Mitteln unterstützen.

Am morgigen Donnerstag, vormittags 10 Uhr, findet im „Stadtschützenhaus" eine Versammlung der streikenden Angestellten statt, in der u. a. der Landtagsabgeordnete Schumann über den Verlauf und das Ergebnis des Leipziger Gewerkschaftskongresses sprechen wird.

Durch herabfallende Gerüstmassen schwer verletzt

Gestern nachmittag stürzte an dem Umbau des Hauses Alte Promenade 1b ein Teil des dort aufgestellten Stangengerüstes infolge eines Windstoßes um, wobei Rüstbäume und Bretter abgebrochen und auf die Straße geschleudert wurden. Hierbei wurde eine vorübergehende Frau von einem Gerüstbaum getroffen und am Kopf erheblich verletzt, so daß sie der Klinik zugeführt werden mußte.

* **Kalk- und Steineträger.** Folgende Arbeitgeber haben sich schriftlich bereit erklärt, vom 14. bzw. 17. Juli den Kalk- und Steineträgern 7 Mk. mehr auf den jetzigen Gesellenstundenlohn zu zahlen: W. Bode, Roeber Nachf. (Inh. Willi Soefling); Albrecht u. Troitsch; H. Kiße, K. Lingesleben und J. C. Möbius, Ammendorf. Die Firma Reichardt hat die schriftliche Erklärung nur für die Baustelle Kirchnerstraße (Akkordarbeit) bewilligt. Inzwischen haben noch einige Unternehmer mündliche Zusage gegeben, womit sich aber die Kollegen nicht einverstanden erklärten, da schriftliche Erklärung verlangt wird.

* **Achtung, Bauarbeiter!** Wie wir durch die Presse bereits bekanntgegeben haben, befinden sich die Fliesenleger der Firma Hedel, Magdeburger Straße, wegen Differenzen im Streik. Nachdem die am Montag, dem 17. Juli, stattgefundenen Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind, wird der Kampf verschärft fortgesetzt. Die Ortsverwaltung fordert alle Kollegen auf, Solidarität zu üben und jedes Arbeitsangebot dieser Firma abzulehnen.

* **Politische Zensur im Zollamt.** Zu diesem Artikel in Nr. 138 des „Klassenkampf" vom 18. Juni teilt uns jetzt der Oberzollsekretär Stolze mit, daß er zur fraglichen Zeit beurlaubt war und darum auch die Zensur bei der Polizei nicht veranlaßt habe. Hierzu haben wir zu bemerken, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn der Name dieses Oberzollsekretärs in der Oeffentlichkeit erwähnt wurde, da uns auf eine telephonische Beschwerde dieser Name von der Behörde genannt wurde. An der Sache selbst ändert natürlich diese Berichtigung nichts.

* **Walhalla-Theater.** Bei den gestrigen Ringkämpfen siegten Jankowski (Berlin) gegen Anström in 12 Minuten; Randolfi (Oesterreich) gegen Max Steinke-Bach (Pommern) in 22 Minuten; von der Heydt (Deutschland) gegen Knynloff (Sibirien) in 14 Minuten. Der Kampf Syet (Estlan?) gegen Vogtmann (Bayern) blieb unentschieden.

Dölau

Eintreiben der Kirchensteuern. Zu dieser Notiz in Nr. 160 vom 12. Juli wird uns vom Gemeindevorsteher mitgeteilt, daß die Kirchensteuern seit zwei Jahren nicht mehr von der Gemeinde eingezogen werden.

Aus der Provinz

Arbeiterferien!

Sommerzeit — Arbeiterferien! Zwei schöne Worte, doch für die Proletarier auch nur Worte.

Gibt es denn Arbeiter, die ein Recht auf Urlaub haben? Bade- und Kurorte sind doch nicht für Proleten da. Die Bourgeoisie hat ein Recht, von der schweren Arbeit, die während des ganzen Winters auf ihren Schultern lastete, sich im Sommer doch wenigstens zwei bis drei Monate zu erholen, oder seid Ihr vielleicht der Meinung, es koste keine Nervenkräfte, wenn diese verhältnismäßig kleine Klasse so viel Arbeiter und Arbeiterinnen ausbeutet und schindet? Dazu die stete Sorge, daß die Proleten auch ja nicht mehr verdienen, als zu Salz und Brot nötig ist!

Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen aber vergeßt Eure eigenen Rechte!

Wer ist es, der schafft? Wer baut Kurhäuser? Wer übernimmt die Sorge, daß die Besitzenden in schönen Kleidern essen und trinken können? Wer richtet ihnen die Wohnungen her und säubert sie?

Alles das schafft Ihr, Arbeiter und Arbeiterinnen. Euch entlohnt man dafür aber so, daß der Lohn nicht für Leibesnotdurft und Nahrung reicht. O, Proletarier, wie genügsam seid Ihr? Selig seid Ihr, wenn der Unternehmer Euch vier bis fünf Tage, höchstens drei Wochen Urlaub gewährt, und wenn Ihr dann Euch eine Reise von 4 bis 6 Stunden im Personenzug 4. Klasse leisten könnt. Dann vergeßt Ihr, wie Ihr wochenlang vorher dieses Geld Euch vom Munde abgespart habt. Wenige sind allerdings so in der Lage gewesen, überhaupt eine Erholungsreise zu machen.

Schaffende Männer, Frauen und Mädchen! Wer braucht den Urlaub und die Erholung am nötigsten? Ich glaube wir, die wir ein Jahr arbeiten müssen, um ein paar freie Tage zu bekommen! Wir haben ein Recht, zu fordern, ein Recht, uns Heime zu verschaffen, in denen wir die Möglichkeit haben, uns zu erholen. Die Arbeitgeber leben von unserer Kraft, sollen also auch dafür sorgen, daß unsere Kraft erhalten bleibt. Wo aber geschieht das? Darum greift zur **Selbsthilfe**! Weg mit der Klasse, die von unserer Arbeit lebt! Wer nicht arbeitet, soll nicht essen.

Wer aber schaffen muß der soll auch die Möglichkeit haben [illegible] Kräfte zu sammeln!

Kelbra

Für den Kampf gegen die Reaktion. Das Kelbraer Gewerkschaftskartell und die Betriebsräte, in der die drei Parteien ungefähr gleich stark vertreten sind, nahmen in ihrer letzten Sitzung nachstehende Resolution einstimmig an: Die am 13. Juli tagende Gewerkschaftskartell- und Betriebsrätesitzung fordert von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der drei Arbeiterparteien, ihr der deutschen Arbeiterschaft gegebenes Versprechen betreffs rücksichtslosen Unterdrückung der Reaktion zur Durchführung zu bringen, da die Kelbraer Arbeiterschaft keine Lust hat, in halbtägigen Streiks ihre Kräfte unnütz zu vergeuden.

Sport

Mitteldeutsche Spielvereinigung. Das für Freitag, den 14. Juli, angesetzte Spiel der Bezirksmannschaft gegen Fortuna I. findet nunmehr bestimmt am Donnerstag, abends 7 Uhr, auf dem Sandanger statt. Die Mannschaft setzt sich wie folgt zusammen:

Torwart: Riking (Gröbers); Verteidiger: Engelhardt (Wörmlitz), Oehlmann (Gröbers); Läufer: Hose (Kröllwitz), A. Troll (Fortuna), Weichardt (Askania), Koch (Wörmlitz); Sturm: Hoffmann (Sportlust), Hofmann (Trotha), Wolf (Sportlust). Ersatzspieler Stone (Teutonia).

Schiedsrichter ist H. Koch (Sportlust). Bitterfeld baut und stellt Linienrichter sowie Kassierer. Wörmlitz stellt zehn Schwitzer. Umkleidelokal „Eisbörse". Vorher, um ½7 Uhr, läuft die Kreisfußball-Staffelte. Alle Teilnehmer dazu haben sich um 6 Uhr im Restaurant „Eisbörse" dem Leichtathletik-Ausschuß zur Verfügung zu stellen. Jeder Verein hat zwei seiner besten Läufer zu stellen. Alles Nähere durch Genossen Eurich in der „Eisbörse". — Nähere Angaben über das vom 22. bis 25. Juli in Leipzig stattfindende Bundesfest werden in der Donnerstagausgabe des „Klassenkampf" bekanntgegeben. Alle Vereinsleiter werden hierauf aufmerksam gemacht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Konrad Finkelmeier; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf

Operetten-Theater.
Heute, 7½ Uhr, zum letzten Male: für Hans Sühnquth: **Ehrenabend**
„Der Vielgeliebte"
Morgen, Donnerstag, Erstaufführung:
„Der heilige Ambrosius"
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Kasse ab ½10 (Tel. 6183) ununterbrochen geöffnet

Bekanntmachung

betreffend Reichs-Mietengesetz.

Auf Grund des § 11 des Reichs-Mietengesetzes vom 24. März 1922 — R. G. Bl. S. 273 — in Verbindung mit der Ausführungsverordnung des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. Juni 1922 (G. S. S. 129) wird mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg (Bescheid vom 14. Juli 1922 — I W 6952 —) festgesetzt, wie folgt:

§ 1.

Zu der Grundmiete gemäß § 2 des Reichs-Mietengesetzes in Verbindung mit der Preußischen Ausführungsverordnung zu § 2 treten folgende Zuschläge:

1. Der Zuschlag für die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückswertes und die Steigerung der Kosten für die Erneuerung dieser Belastung gemäß § 3, Abs. 1, Ziffer 1, des Reichs-Mietengesetzes beträgt 6 Proz.

2. Der Betriebskosten-Zuschlag gemäß § 3, Abs. 1, Ziffer 2, des Reichsmietengesetzes beträgt 75 Proz. Durch diesen Zuschlag sind abgegolten die Müll- und Schlackenabfuhr, die Feuerversicherung, die Haftpflichtversicherung und die Verwaltungskosten - Zuschlag von 15 Proz. Für Häuser, die nicht an die Schwemmkanalisation angeschlossen sind, tritt hierzu ein weiterer Zuschlag von 25 Proz. der Grundmiete.

Die Grund- und Gebäudesteuer, das Wasser- und das Schornsteinfegergeld sind nach dem Verhältnis der Grundmiete umzulegen, ebenso die Kosten mit Anschluß an die Schwemmkanalisation die Fäkaliengebühr. Für die Treppen- und Flurbeleuchtung erfolgt die Umlegung nach Mietgerern (Mietparteien - Anteilen).

Besonders zu berechnen sind die Vergütungen für Nebenleistungen des Vermieters, welche nicht zur Raumnutzung betreffen, aber neben der Raumnutzung auf Grund des Mietvertrages gewährt werden. (Bereitstellung von Wasserkraft, Elektrizität, Dampf, Preßluft u. dergl.), sowie die Vergütungen für Nebenleistungen des Vermieters, die zwar die Raumnutzung betreffen, aber nur einzelnen Mietern zugute kommen, z. B. Spiegelglas-Versicherung. Das Gleiche gilt auch für die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung, wozu auch die Kosten der Anfuhr gehören, die Anstellung eines Heizers in Gebäuden mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung, die Fahrstuhlbenutzung, Bauwasserversicherung und Wasserleitungsschaden-Versicherung.

Die Erhebung der Kanalbenutzungsgebühr erfolgt nach der Ordnung betr. die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Kanäle vom 17. Januar 1905, die Erhebung der Wohnungsbauabgabe nach der Preußischen Verordnung betr. die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in Preußen vom 22. November 1921 — G. S. S. 549. —

3. Der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten gemäß § 3, Abs. 1, Ziffer 3, des Reichs-Mietengesetzes beträgt 40 Proz. Das Tapezieren bzw. das Anstreichen oder Kalken der vor der Vornahme solcher Reparaturen zur Bestimmung der Handwerker berechtigt, die die Arbeiten ausführen sollen. Er kann die erforderlichen Arbeiten dieser Art selbst ausführen, sofern er die erforderlichen Eigenschaften hierfür besitzt. Der Streit über die Notwendigkeit einer derartigen Instandsetzungsarbeit entscheidet die im § 6 des Reichs-Mietengesetzes genannte Stelle, ob die Arbeit auszuführen ist.

§ 2.

Zur Deckung der Kosten für große Instandsetzungsarbeiten, gemäß § 5 des Reichs-Mietengesetzes in Verbindung mit der Preußischen Ausführungsverordnung zu § 5, setzt das Mieteinigungsamt auf Antrag eines Vertragsteiles einen Zuschlag fest. Große Instandsetzungsarbeiten sind im einzelnen, die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Abfallrohre, das Umdecken des Daches, der Abputz oder Anstrich der ganzen Vorderfront oder der ganzen Fläche der eines Seitenflügels oder der ganzen Fläche der Hinterfront eines Hauses oder auch mehrerer Fronten, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung.

Die große Instandsetzungsarbeit muß seit Oktober 1920 ausgeführt und notwendig gewesen sein oder in den nächsten 12 Monaten, vom Tage der Antragstellung beim Mieteinigungsamt an gerechnet, erforderlich werden.

Die Festsetzung des Höchstsatzes für solche Zuschläge, gemäß der Ausführungsverordnung zu § 7 II, Abs. 5, bleibt vorbehalten.

§ 3.

Für Räume, die zu gewerblichen Zwecken (§ 1 der Reichs-Gewerbeordnung) hergestellt sind oder mit Zustimmung des Magistrats (Wohnungsamt) für gewerbliche Zwecke verwendet werden, wird ein weiterer Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt. Er beträgt:

Für die Klasse	IV	des Gewerbesteuergesetzes	15 Proz.
„ „ „	III	„ „	30 „
„ „ „	II	„ „	50 „
„ „ „	I	„ „	75 „

§ 4.

§ 9 der Verordnung des Magistrats vom 28. Januar 1920 betr. Genehmigung der Mietverträge durch das Wohnungsamt wird aufgehoben. Die Genehmigungspflicht bei Untervermietung von Leerräumen ohne schriftliche Zuweisung der Untermieter durch das Wohnungsamt und bei Vermietung von möblierten Wohnungen nach § 8 der Verordnung des Magistrats vom 22. Dezember 1920 bleibt bestehen.

§ 5.

Dieser Beschluß tritt am 1. Juli 1922 in Kraft und die Bekanntmachung des Magistrats über Mietzinssteigerungen vom 6. Januar 1922 mit Ablauf des 30. Juni 1922 außer Kraft.

Halle, den 17. Juli 1922.

Der Magistrat.
gez. Rive. Mag.

2937

Dauerwäsche
ist wieder teurer geworden.
Wir verkaufen infolge enormen Läger weiter zu den bekannt 2942
billigen Preisen
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2,
eine Treppe. Eing. Sternstraße.

Hausfrauen,
kauft nur bei unseren Inserenten!

Verkaufe nur bei
Nr. 9063 bringt den Beweis Nr. 9063.
Ueberzeugen Sie sich; ich zahle für 2939
Lumpen . . pro Kilo Mk. 4,00
Bücher u. Zeitungen pro Kilo Mk. 6,00
Strickwolle . pro Kilo Mk. 20,00
Alt-Eisen pro Kilo Mk. 3 bis 4,50.
Schondorf. **Altmetalle** Schondorf.
Kupfer, Blei, Messing, Rotguß, Zink
höchste Börsenpreise.
Außerdem kaufe ich Weinflaschen, Felle, Altpapier und Knochen,
Rohprodukten-Zentrale Albin Schondorf
nur Lauchstädter Str. 20, Georgstr. 11.
Bei Anlieferung über 50 Kilo Preiserhöhung!

Reparaturen an Uhren sowie Gold- und Silber-Gegenständen u. Schmucksachen übernimmt bei solider Ausführung z. norm. Preis.
H. Lerner, 3
Uhren-Reparatur-Werkstatt, Gr. Steinstraße 85 (gegenüber Karstkaufhaus)

R. Schuller, Krukenbergstr. 25, hat noch preiswerte
Zigarren u. Tabake.

Karl Fallenbacher, Angerweg 1, 491
hält Kolonialw., Lebensm., Waschartikel best. empfohl.

Walhalla. 2943
Dir. Josef Milos.
Heute, Mittwoch, 4 hann. Entscheidungen. 4 h. Gleiste, Dtsch. Mstr., gegen Schiele, Thüringen, Gemmel, Amat.-Weltmeister, gegen Roginann, Bayern, Mcdonald, Schottland, gegen Petrilow, Lettland, Urbanity Polen, gegen J. d. Jendl, Mittelgewichtsmeister. Jeder Kampf sofort bis zur Entscheidung. Dauerkarten ermäßigte Preise.

Ehrenerklärung!
Hiermit nehme ich meine Verleumdungen geg. Frl. Marie Hanse zurück und erkläre sie als ehrenhaft. 2941
Halle a. d. S., 18. 7. 22.
Gotte Bestenleg.

Ernte- Schleifen Sensen Harken Gedichtbücher
empfiehlt 2944
Albin Hentze
24 Schmeerstr. 24.

Alte Strickwolle
kauft jedes Quantum
Adolf Meer, Rohprodukte, Halle, Kaiserstraße 2, Fernruf 4792. 2934

Werbt für die „Produktiv-Genossenschaft"!

Restaurant Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S.,
Lerchenfeldstraße 14
empfiehlt seinen kräftig.
Mittag- und Abendtisch.
Bier: Glas 5 Mk.

Für die uns anläßlich des Todes unseres lieben Vertstorbenen erwiesene Anteilnahme sagen wir allen herzlichen Dank. 2938
Friederike Weisbell geb. Haussen, nebst Kindern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220719-12/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Kleine Näherin

Tanzlampen schminkten Pfirsich auf die Haut.
Die Füße schwärmten lerchenhaft ins Blau . . .
Es warfen hundert Tänzer diese eine Frau
sich zu, und allen war sie leise: Braut.

Der Saal steht noch am gleichen Ort, von Hor
und Flöte überdröhnt . . . Noch greller fällt
das Licht auf Kurven Lust; doch niemand hält
den Atem an, vor der, die blutig steht im Dort

welkender Sommer, Husten in der Kehle quer.
Die Seidenschuhe ausgetanzt, und schwer
die Schenkel rudernd durch das Eis

der Nähmaschine . . Manchmal reißt der Zwirn
sich los von harter Naht und schlägt ins Hirn
hinüber, spinnt zurück und färbt den Scheitel weiß.

Paul Zech.

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Verlag Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

20] Von John Reed

„Unsere Partei hat den Eintritt in den Rat der Volkskommissare abgelehnt, weil wir nicht wünschen, uns von dem Teil der revolutionären Armee zu trennen, der den Kongreß verlassen hat. Es wäre uns sonst unmöglich, unsere Vermittlertätigkeit zwischen den Bolschewiki und den andern demokratischen Parteien auszuüben, die uns im gegenwärtigen Moment unsere wichtigste Aufgabe zu sein scheint. Wir können eine Regierung unterstützen, die nicht eine Regierung der sozialistischen Koalition ist.

Weiter protestieren wir gegen die von den Bolschewiki geübte Tyrannei. Man hat unsere Kommissare von ihren Posten verjagt, und gestern ist unser einziges Organ, „Znamia Truda" (Banner der Arbeit) verboten worden.

Die Zentralduma ist im Begriff, ein machtvolles Komitee für die Rettung Rußlands zu bilden, dessen Aufgabe der Kampf gegen euch sein wird. Schon jetzt seid ihr isoliert und nicht eine der anderen Parteien wird euch zu Hilfe kommen."

Darauf Trotzki, selbstsicher, fasizinierend, das ihm eigene sarkastische Lächeln um den Mund. Mit weithin schallender Stimme, die Masse zu sich emporreißend:

„Die Hinweise auf die Gefahren der Isolierung unserer Partei sind nicht neu. Schon am Vorabend des Aufstandes hat man die unvermeidliche Niederlage unserer Partei vorausgesagt. Alle waren sie gegen uns. Im Revolutionären Kriegskomitee stand nur ein kleiner Teil der Linken Sozialrevolutionäre zu uns. Wie konnten wir es da fertigbringen, die Regierung fast ohne Blutvergießen zu stürzen? Die Tatsache unseres Sieges ist der sicherste Beweis dafür, daß wir nicht isoliert waren. Isoliert war vielmehr die Provisorische Regierung, waren die demokratischen Parteien, die gegen uns marschierten. Und die sind es noch und werden für immer losgelöst sein vom Proletariat!

Sie reden von der Notwendigkeit einer Koalition. Die einzig mögliche Koalition, das ist die Koalition der Arbeiter, Soldaten und armen Bauern. Und die Ehre unserer Partei ist, diese Koalition verwirklicht zu haben. Was für eine Koalition aber meinte Awilow? Eine Koalition mit jenen, die die Regierung des Volksverrates unterstützten? Nicht immer ist die Koalition gleichbedeutend mit Kräftesteigerung. Hätten wir vielleicht den Aufstand organisieren können, mit Dan und Amfsentjew in unsern Reihen?" Lachende Zustimmung.

„Sie erheben gegen uns den Vorwurf, die Verständigung mit den andern demokratischen Parteien zurückgewiesen zu haben. Aber liegt die Schuld wirklich bei uns, oder müssen wir, wie Karelin es tat, alles auf ein Mißverständnis zurückzuführen? Ach nein, Genossen! Wenn eine Partei, noch im schwersten revolutionären Kampfe, geblendet vom Pulverdampf, dahergekommt und erklärt: „Da ist die politische Macht, nehmt sie", und die, denen sie angeboten wird, gehen zum Feinde über, so ist das kein Mißverständnis mehr, sondern es ist die offene brutale Kriegserklärung. Nicht wir waren es, die den Krieg erklärt haben.

Awilow glaubt uns schrecken zu können, wenn er das Scheitern unserer Friedensbemühungen voraussagt für den Fall, daß wir weiter isoliert bleiben. Ich muß hier wiederholen, daß ich nicht einzusehen vermag, inwieweit eine Koalition mit Skobelew oder selbst mit Terestschenko uns irgendwie dem Frieden näher bringen könnte. Awilow droht uns mit einem Frieden auf unsere Kosten. Darauf habe ich zu antworten, daß wir wohl wissen, daß, wenn auch weiterhin in Europa die imperialistische Bourgeoisie herrschen wird, das revolutionäre Rußland sich allein nicht zu halten vermag.

Entweder werden die reaktionären Mächte Europas das revolutionäre Rußland zerstören oder die russische Revolution wird ein revolutionäres Europa schaffen."

Und die Massen jubelten ihm zu, zu kühnem Wagen entflammt bei dem Gedanken, daß sie berufen sein sollten, die Vorkämpfer der Menschheit zu sein. Von diesem Augenblick kam etwas Bewußtes und Entschlossenes in sie hinein, in alle ihre Aktionen, das sie nie wieder verließ.

Andererseits begann aber auch der Kampf bestimmte Formen anzunehmen. Kamenow gab einem Delegierten vom Eisenbahnerverband das Wort, einem stämmigen Menschen mit einem Ausdruck unversöhnlicher Feindschaft in seinen grobknochigen Zügen. Was er sagte, wirkte wie eine Bombe:

„Ich spreche hier im Namen der stärksten Organisation Rußlands und habe den Auftrag, ihnen die Beschlüsse unseres Verbandes zur Frage der Konstituierung der Macht bekanntzugeben. Wir lehnen es ab, die Bolschewiki zu unterstützen, solange sie fortfahren, sich von der Gesamtdemokratie Rußlands zu isolieren!" Ungeheurer Tumult im ganzen Saal.

„1905 und in den Kornilowtagen waren die Eisenbahner die energischsten Verteidiger der Revolution. Aber ihr habt uns zu eurem Kongreß nicht eingeladen." Zurufe: „Das alte Zentralexekutivkomitee war es, das euch nicht eingeladen hat." Der Redner schenkte den Zurufen keine Beachtung. „Wir erkennen die Rechtmäßigkeit dieses Kongresses nicht an. Seit dem Ausscheiden der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre bestehen die Voraussetzungen für die Legalität der hier gefaßten Beschlüsse nicht mehr. Der Verband unterstützt das alte Zentralexekutivkomitee und erklärt, daß der Kongreß kein Recht hat, ein neues Komitee zu wählen.

Der Verband nimmt die Verwaltung der gesamten Eisenbahnen Rußlands in eigene Hände."

Ein wilder Entrüstungssturm setzte ein, in dem die Schlußausführungen des Redners fast gänzlich untergingen. Aber die Rede war ein schwerer Schlag. Das zeigten die besorgten Mienen im Präsidium. Kamenow antwortete kurz, daß die Rechtmäßigkeit des Kongresses nicht bezweifelt werden könne, da sogar nach dem Ausscheiden der Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Zahl der anwesenden Delegierten das von dem alten Zentralexekutivkomitee vorgesehene Quorum überschreite.

Darauf erfolgte die Abstimmung über die Konstituierung der Regierung, die mit ungeheurer Mehrheit den Rat der Volkskommissare zur höchsten Regierungsgewalt erhob.

Die Wahl des neuen Zentralexekutivkomitees, des neuen russischen Parlaments, nahm kaum fünfzehn Minuten in Anspruch. Trotzki teilte seine Zusammensetzung mit: Hundert Mitglieder, davon siebzig Bolschewiki. Die Sitze der Bauern und der ausgeschiedenen Parteien sollten diesen reserviert bleiben. „Der Regierung sind alle Parteien und Gruppen angenehm, die bereit sind, unser Programm zu akzeptieren." Mit diesen Worten schloß Trotzki.

Der Zweite Allrussische Sowjetkongreß wurde geschlossen. Die Delegierten eilten nach Hause, in alle Windrichtungen Rußlands, um zu berichten, was sich Gewaltiges abgespielt hatte.

Es war fast sieben Uhr, als wir die Kondukteure und Wagenführer vom Verbande der Straßenbahner weckten, von denen während der ganzen Dauer des Kongresses immer einige mit ihrem Wagen am Smolny warteten, um die Delegierten in ihre Wohnungen zu bringen. Die Stimmung in dem überfüllten Wagen schien mir etwas weniger gehoben als am Abend vorher. Viele sahen besorgt aus, als sagten sie: „Nun sind wir die Herren. Wie können wir durchführen, was wir uns vorgenommen haben?"

Vor unserm Hause wurden wir in der Dunkelheit von einer Patrouille bewaffneter Bürger angehalten und sorgfältig durchsucht. Es war die Proklamation der Duma, die zu wirken begann.

Unsere Wirtin hörte uns kommen und stolperte heraus, in einem rosaseidenen Umschlag gehüllt.

„Das Hauskomitee ist noch einmal hier gewesen und läßt Ihnen sagen, daß auch Sie Ihrer Wachtpflicht nachkommen müssen, wie die übrigen Männer im Hause."

„Warum wachen?"

„Um das Haus und die Frauen und die Kinder zu schützen."

„Gegen wen?"

„Gegen Räuber und Mörder."

„Wenn nun aber ein Kommissar vom Revolutionären Kriegskomitee kommt, um nach Waffen zu suchen?"

„Oh, von denen kommen sie ja. Und schließlich, was ist eigentlich der Unterschied?"

Ich versicherte feierlich, daß der Konsul allen amerikanischen Bürgern das Waffentragen verboten habe, die Freunde der russischen Intelligenz ausgenommen.

*

Freitag, 9. November.

Nowo Tscherkask, 8. November.

„Der Aufstand der Bolschewiki und ihr Versuch, die Provisorische Regierung zu stürzen und in Petrograd die Macht an sich zu reißen, veranlaßt die Kosakenregierung zu der Erklärung, daß sie diese Handlungen für verbrecherisch und absolut unzulässig erachtet. Die Kosaken werden darum die Provisorische Regierung, die eine Koalitionsregierung ist, mit ihrer ganzen Macht unterstützen. Unter diesen Umständen werde ich selbst mit dem Beginn des 7. November in den Gebieten des Don die gesamte Macht übernehmen bis zur Rückkehr der Provisorischen Regierung und der Wiederherstellung der Ordnung in Rußland.

Gezeichnet: Ataman Kaledin,
Präsident der Regierung der Kosakentruppen.

Befehl des Ministerpräsidenten Kerenski, datiert in Gatschina:

„Ich, der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung und Oberbefehlshaber aller bewaffneten Kräfte der Russischen Republik, erkläre, daß ich persönlich die Führung der Frontregimenter übernommen habe, die dem Vaterlande treugeblieben sind.

Ich befehle allen Truppen des Petrograder Militärdistrikts, die infolge Mißverständnisses oder aus Torheit dem Rufe der Verräter am Vaterlande und an der Revolution gefolgt sind, die unverzügliche Rückkehr zu ihrer Pflicht.

Dieser Befehl ist allen Regimentern, Bataillonen und Regimentern vorzulesen.

Gezeichnet: A. F. Kerenski.
Ministerpräsident der Provisorischen Regierung u. Oberbefehlshaber.

Telegramm von Kerenski an den Kommandierenden General der Nordfront:

„Die treugebliebenen Truppen haben Gatschina ohne Blutvergießen eingenommen. Abteilungen der Kronstädter Matrosen, sowie der Semionowski- und Zsmailowskiregimenter haben sich ohne Widerstand entwaffnen lassen und sind zu den Regierungstruppen übergegangen.

Der Vormarsch ist mit größmöglichster Geschwindigkeit durchzuführen. Das Revolutionäre Kriegskomitee hat seinen Truppen den Rückzug anbefohlen."

Das weniger als zwanzig Meilen südwestlich gelegene Gatschina war im Verlaufe der Nacht gefallen. In der Umgebung führerlos umherirrende Abteilungen der beiden in dem Telegramm Kerenskis genannten Regimenter waren in der Tat von Kosaken umzingelt und entwaffnet worden. Es traf aber nicht zu, daß sie sich den Regierungstruppen angeschlossen hatten. Gerade jetzt befanden sich Trupps von ihnen verwirrt und beschämt in Smolny, bemüht zu erklären, wie sich die Sache abgespielt hatte. Sie hätten die Kosaken nicht so nahe vermutet und dann versucht, sie zu überreden. (Fortsetzung folgt.)

Des Protzen Mildtätigkeit

Durch die Fabrikhalle schreitet der Chef. Langsam, mit auf dem Rücken gekreuzten Armen schiebt sich die dicke Gestalt dahin. Die Augen des strengen Herrn sprühen Blitze . . . Der Herr Kommerzienrat ist übler Laune.

Vor einer Hobelbank bleibt er stehen . . . Welch Verbrechen gegen die gottgewollte und kommerzienrätliche Fabrikordnung?

An der Hobelbank steht ein schlecht genährter Mann, kaut an einem Stück trocknem Brot . . . . .

Der Herr Rat schreit: „Sie essen während der Arbeitszeit? Mann, sind Sie verrückt? . . ."

Die Stimme schnappt dem dicken Herrn Rat über.

„Meister, 1 Mark Strafe zahlt der Mann, wegen Verstoß gegen die Fabrikordnung!"

Pustend und sich den Schweiß von der Stirn wischend, stampft der dicke Herr weiter, vielleicht, daß er noch mehr solcher „Verbrecher" entdeckt.

Am Abend ist im Städtchen Schulfeier. 25 Jahre steht das Schulgebäude. Grund genug, diesen Tag als denkwürdig für die Geschichte der Stadt festlich zu begehen.

Kurz vor der Feier erscheint auch der Herr Kommerzienrat. Nicht endenwollende devote Verbeugungen. Die Frau Rat rauscht in seidener Robe daher.

Die Feier beginnt . . . Kinder singen liebliche Lieder . . . Musik rauscht . . . Reden werden gehalten . . .

Der Herr Rat erhebt sich . . . pustet und räuspert sich, wischt perlenden Schweiß von der Stirn mit seinem Batisttaschentuch . . .

Stille wird im vollbesetzten Saal . . Der Herr Rat will reden . . . Und der Herr Rat redet:

„. . . Und anläßlich dieser Feier, die uns alle so recht erhebt, stifte ich hiermit für bedürftige Schulkinder den Betrag von tausend Mark . . ."

Beifälliges Murmeln im Saale . . . Dann Dank- und Lobhymnen auf des Herrn Rats soziales Empfinden.

(„Freiheit", Düsseldorf).

Tom als Arbeitgeber

Aus „Tom Sawyers Abenteuer" von Mark Twain

(Schluß.)

Tom fuhr in seiner Arbeit fort, ohne sich um das Dampfschiff zu kümmern.

Ben sah zu und rief dann: „Holla! Gelt, das gefällt dir nicht?"

Keine Antwort. Tom überschaute seinen letzten Anstrich, mit künstlerischem Auge; noch ein schwungvoller, graziöser Pinselstrich und gleiche Bewunderung der Arbeit.

Ben trat hart an ihn heran. Toms Mund wässerte nach dem Apfel, gierbe nach dem Apfel, er ließ sich aber in der Arbeit nicht stören.

Dann sagte Ben: „Nun, alter Kamerad, mußt du arbeiten, Nicht?!"

Tom wandte sich rasch um und sagte: „Wie, du da, Ben? Ich hatte dich nicht bemerkt!"

„Ja, ich gehe schwimmen. Möchtest du nicht auch? Aber du mußt arbeiten. Gelt, du mußt?"

Tom sah ihn kurz an und erwiderte: „Was nennst du arbeiten?"

„Was? ist vielleicht Tünchen keine Arbeit?"

„Vielleicht, vielleicht auch nicht! Was ich weiß, ist, daß ich mich genügen daran finde."

„O, du willst mir vorspiegeln, daß es dir gefällt?"

Der Pinsel fuhr auf und ab.

„Gefallen? Warum sollte es nicht? Glückt es vielleicht jedem Jungen, einmal einen Zaun tünchen zu dürfen?"

Das brachte die Sache in ein neues Licht. Ben, an seinem Apfel nagend, schwieg. Tom fuhr mit seinem Pinsel zierlich hin und her, trat einige Schritte zurück, um den Effekt zu beurteilen, half hie und da nach, kritisierte den Effekt wieder, während Ben zusah und je länger, je mehr Interesse an der Geschichte fand!"

Plötzlich sagte er: „Göre, Tom, laß mich ein wenig tünchen!"

Tom dachte nach; er war auf dem Punkte, seine Einwilligung zu geben, änderte aber seinen Vorsatz; „Nein, nein, ich darf nicht wagen, Ben! Siehst du, Tante Polly ist ganz besonders diese Seite der Straße zu erpicht; ja, wenn es die Rückseite wäre, brauchte es mir nicht darauf anzukommen und sie würde nichts merken. Traurig, aber wahr, sie hängt an diesem Zaune mit Leib und Seele; der Anstrich muß mit größter Sorgfalt ausgeführt werden, und ich wette, daß unter tausend, vielleicht zweitausend Jungen kein einziger zu finden ist, der es dich lassen."

„So, meint sie? Komm, laß mich einmal probieren. Nur ein klein wenig — wenn ich du wäre, Tom, würde ich dich lassen."

„Lieber Ben, ich möchte es gerne, aber Tante Polly — sieh! Joe wollte, Sid wollte, aber sie wollte nicht. Siehst du nun, in welcher Klemme ich bin, wenn du den Zaun verderbtest oder irgend etwas vorkäme —?"

„Ünnünn! Ich werde Achtung geben. Laß mich nur probieren. Du sollst den Butzen meines Apfels dafür haben."

„Nun ja! Da! Aber nein, Ben, ich fürchte —"

„Ich gebe dir den ganzen Apfel!"

Tom überließ ihm den Pinsel mit widerstrebender Miene, aber frohen Herzens. Und während das weiland Dampfboot „Mississippi" in der Sonnenhitze arbeitete und schwitzte, saß der weiland Künstler im nahen Schatten, baumelte mit den Beinen, kaute seinen Apfel und sann auf neue harmlose Opfer. Das Material fehlte es nicht. Knaben gingen immer vorbei, sie kamen um zu spotten, und blieben, um zu tünchen.

Bevor Ben müde war, hatte Tom schon mit Billy Fisher einen gut konstruierten Papierdrachen abgeschlossen; nach dieser kam Johnny Milbs für eine tote Ratte und seine Schnur, um damit zu schwingen, Stunde um Stunde. Und um 4 Uhr nachmittags wälzte sich der morgens früh so arme Tom im Reichtum. Außer den oben erwähnten Sachen besaß er nun zwölf Mann, ein Stück einer Maultrommel, eine Scherbe blauen Flaschenglases, um durchzusehen, das Rohr einer Spule, einen unbrauchbaren Schlüssel, ein Stück Kreide, einen gläsernen Karaffenpfropf, einen Zinnsoldaten, ein paar Kaulquappen, sechs Raketen, eine junge einäugige Katze, einen messingnen Türknopf, ein Hundehalsband — aber keinen Hund dazu — ein Messerheft, vier Stück Pomeranzenschalen und ein altes zerbrochenes Schiebfenster.

Er hatte eine hübsche, angenehme Zeit dazu gehabt — an Gesellschaft hatte es nicht gefehlt, und der Zaun war mit drei Lagen übertüncht. Wenn er das Tünchergeschäft fortgesetzt hätte, wäre bald jeder Dorfjunge insolvent geworden.

Tom fand, daß, eins ins andere gerechnet, das Leben doch nicht so schal sei. Unbewußt hatte er eine große Triebfeder des menschlichen Strebens entdeckt; die nämlich, daß mit den in den Weg sich stellenden Schwierigkeiten zur Erreichung eines Zweckes die Anstrengungen sich steigern. Wäre er ein großer, weiser Philosoph gewesen, wie z. B. der Schreiber dieses Buches, so wäre ihm manches klar geworden, daß Arbeit das ist, was man tun muß, und Spiel das jenige, wozu man nicht gezwungen ist. Er hätte begriffen, daß die Herstellung von künstlichen Blumen oder das Treiben eines Scherenschleifterrades Arbeit — hingegen das Besteigen des Montblanc und das „Ape Neune-Werfen" beim Kegelspiel Unterhaltungen sind. Es gibt reiche Leute in England, welche im heißen Sommer 20 bis 30 Meilen täglich vierspännig fahren, nur weil die Erlaubnis dazu viel Geld kostet; wenn sie es aber tun müßten und man sie noch dafür bezahlen wollte, so hätte der Spaß bald ein Ende.

Tom brütete eine Zeitlang über den Wechsel seiner finanziellen Verhältnisse und ging dann zum Rapport ins Hauptquartier, d. h. nach Hause.

In der Eisenbahn

Wer viel in der Bahn fährt, bekommt allerlei zu hören. Klagelieder und Loblieder auf die Zeit. Die einen jammern, daß sie kaum mehr Brot und Kartoffeln kaufen können. Die anderen erzählen, daß sie schon ihren Töchtern die Ausstattung gekauft haben. Wenn die Mädels auch erst zwölf oder 15 Jahre alt sind, sie haben alles bis auf den Regulator und die Nähmaschine. Behäbig und breitspurig erzählen das die Bauernfrauen. Von den Gardinen und Wäscheeinkaufen erzählen sie, und wieviel Kuchen sie zu Pfingsten gebacken haben und daß die Gänse im Herbste wohl auch achthundert Mark das Stück kommen werden. Die anderen fluchen und sagen nichts und lassen ihre Galle überlaufen. Sie starren durch Fenster hinaus und zählen die Marksscheine im stillen nach, den Lohn harter und mühevoller Arbeit, der kaum für die allernotwendigsten Ausgaben reicht. Sitzen wie auf Kohlen und fressen eine unbändige Wut in sich hinein, daß sie am liebsten mit Fäusten um sich schlagen möchten. Denn ungleicher hat das Leben seine Gaben wohl niemals verteilt als jetzt. Der Wagen rattert eintönig dahin durch das reifende Land. Blendende Sonne flirrt um Halme und Laub. Aus der Ferne ruft der Kuckuck. Ein blauer, wolkenloser Himmel strahlt sommerlich blank. Alle Fluren sind sichtlich gesegnet. Aber nur für diejenigen gesegnet, denen die Ackerscholle gehört. Die anderen sind in eine unerhörte Hörigkeit und Abhängigkeit von ihnen geraten. Und ein dumpfer Groll schwelt durch den sonnenduftigen Raum des niederen Abteils, in dem zwei Klassen sich feindlich gegenüberstehen: eine, die nicht weiß, wo sie mit ihrem überflüssigen Gelde hin soll, und eine, der trotz aller Arbeit und allem Fleiße der Verdienst nicht für des Lebens äußerste Notdurft langen will . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220719-12/fragment/page=0006